

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pro Nummer:
Wochenschrift 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 26. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zur Philippinenfrage

Schreibt und ein genauer Kenner der ostasiatischen und polynesischen Länder:

Der spanisch-amerikanischen Kommission, die eine gleichermäßen den Spaniern, wie den Nordamerikanern und Australiern zuzugende Lösung der Philippinenfrage finden soll, harret eine recht schwierige Aufgabe. Die Situation, die sich auf der Inselgruppe aus dem Widerstreit der verschiedenen Interessen und Ansprüche herausgebildet hat, erinnert in gewisser Beziehung an die Erzählung von den zwei Jüngern, die, als sie sich über den Besitz einer gefundenen Axt nicht einigen konnten, einen größeren Knaben zur Schlichtung des Streitsfalls herbeiriefen, der dann jedem eine Hälfte der Axt gab, den Kern aber für sich behielt.

Indes auch ohne eine derartige Schwächung der an der Aufstehens-Bewegung beteiligten Elemente ist die von Aguinaldo und seinen Anhängern geplante Republik der Philippinen nicht lebensfähig, selbst wenn diese Republik auf Luzon beschränkt bleibt. Sollte es wirklich zur Konstituierung eines derartigen Staatsgebildes kommen, so muß es, falls es nicht künstlich durch eine der interessierten Mächte über Wasser gehalten wird, bald wieder zusammenbrechen, nicht nur wegen des außerordentlich unbeständigen, jeder Gefährdung nachgebenden Charakters der malaisischen Bevölkerung, sondern mehr noch wegen des zwischen den verschiedenen Volksstämmen vorhandenen Rassenhasses und des sozialen Gegensatzes zwischen den rein ländlichen und den handeltreibenden Schichten.

In der Presse ist es in letzter Zeit oft so dargestellt worden, als gehe der Aufstand von der Landbevölkerung aus, die der harte Steuerdruck zur Verzweiflung getrieben hätte. Das ist nicht als die einseitige Meinung bestimmter gegen die spanische Verwaltung erbitterter fremder Handelskreise. Sind die Abgaben der ländlichen Bevölkerung auch nicht gerade niedrig, so sind sie doch auch in anbetracht der Fruchtbarkeit des Bodens nicht besonders hoch zu nennen, jedenfalls sind sie niedriger wie in Hollandisch-Indien. Soweit die ackerbaureisende tagalische Bevölkerung am Aufstand beteiligt ist, ist es weniger der Steuerdruck, der sie zu dieser Stellungnahme veranlaßt hat, als die Mißfär der Beamten und vor allem die Habgier der Mönche, die sich zum Teil in den Besitz großer Ländereien gesetzt haben und ihre Pächter nach allen Regeln der Kunst schröpfen, wo sie können. Auch die Gemeinde-Schlagsteuern, von denen in manchen neueren Verträgen so viel Aufhebens gemacht wird, sind nicht übermäßig; sie betragen nach unserem Gelde für eine Axt nicht ganz 3 M., für ein Schwein etwas über 1 M., für ein Schaf 50 Pfennige; dafür aber muß in vielen Gemeinden der Gemeinde-Ärztarzt das Thier vor dem Schlachten kostenlos untersuchen. Weit mehr Anlaß zur Unzufriedenheit haben die handeltreibenden Tagalen und die chinesisch-tagalischen Metzger, die nicht nur weit höhere Stoffsteuern (der chinesische Metzger das vierfache) zu zahlen haben, wie der gewöhnliche Landmann, sondern die auch alljährlich hohe Geschäfts- und Viehzuggebühren entrichten müssen und sich überdies durch die Anordnungen der lokalen Verwaltungen, die zumeist gänzlich unter dem Einfluß der Ordensgeistlichen stehen, fortwährend in ihren geschäftlichen Aktionen gehindert und eingeengt fühlen. Und diese mehr bürgerlichen Elemente sind es demnach, von denen die Aufstehensbewegung ausgeht, wie schon die einfache Thatsache zeigt, daß die rein ländlichen Bezirke, darunter auch die, in denen wegen des Vorherrschens der Naturalwirtschaft der Steuerdruck am härtesten fühlbar ist, sich bisher völlig ruhig verhalten haben, und

daß der Aufstand, soweit Luzon in Betracht kommt, sich im wesentlichen auf die vier „zivilisierten“ Provinzen Manila, Cavite, Bulacan und Batangas beschränkt, also auf jenen Teil der Kolonie, der am meisten „verbürgerlicht“ ist und in welchem sich über zwei Drittel der Gesamtzahl der auf den Philippinen lebenden, handeltreibenden chinesischen Metzger niedergelassen haben. Die heutige Bewegung findet, das muß beachtet werden, ihre Hauptstütze in den Kreisen der Händler und Geschäftsleute, denen sich größtenteils die von dem spanischen Beamtenhum misshandelten sogenannten bürgerlichen Verufe und ein Teil der von allen höheren Beamten ausgeschlossenen spanischen Metzger zugesellt haben. Das bäuerliche Element ist zwar ebenfalls vertreten, spielt aber eine Nebenrolle.

Gelangen diese in der heutigen Aufstehensbewegung maßgebenden Elemente ans Ruder, so wird es natürlich das erste sein, daß sie die den Handel bedrückenden Abgaben und Maßnahmen theils mäßigen, theils abschaffen. Die dadurch entstehenden Lücken im Staatshaushalt müssen aber anderweitig wieder gedeckt werden, zumal wenn die äußerst mangelhaften Verkehrswege ins Innere des Landes vermehrt und verbessert werden sollen. Das Resultat wird sein, daß die Mittel zur Deckung des Defizits der Staatskasse in irgend einer Form aus der ländlichen Bevölkerung herausgeholt werden, sei es nicht in der Form direkter Steuern, dann durch die den Gemeinden auferlegten Verpfändungen, für die Herstellung und Unterhaltung von Straßen, Brücken und Kanalanlagen zu sorgen etc.

Allerdings würde von einer Verbesserung der Kommunikationswege, besonders von einer Erschließung des inneren Landes durch Eisenbahnen auch die ackerbaureisende Bevölkerung ihren Nutzen haben, z. B. würde eine Bahn von Manila durch die Provinzen Bulacan und Nueva Ecija oder von Manila durch Bulacan, Pampanga, Tarlac, Pangasinan, Benguet nach Iloos Sur u. Norte für die Zucker-, Reis- und Tabakproduktion dieser Gegenden von bedeutendem Vorteil sein; aber den Hauptnutzen hätte auch in diesem Fall nicht der einheimische Kleinbauer, der hauptsächlich für seinen eigenen Bedarf baut, sondern der große Plantagenbesitzer.

Dabei kommt noch ein zweites in Betracht. Bisher ist beständig von den Plantagenbesitzern und Handelsfirmen darüber geklagt worden, daß ihnen in manchen Gegenden der Plantagenbetrieb durch lokale Verwaltungsmassnahmen sehr erschwert würde, und daß ferner die Arbeitslöhne nicht im Verhältnis zur Leistung der einheimischen Arbeiter ständen. Diese Klagen sind vom Geschäftspunkt jener Herren nicht ganz unbegründet. An und für sich sind die Löhne zwar nicht hoch; ein Arbeiter auf den Plantagen erhält nur ganz ausnahmsweise mehr als 2-3 Dollars die Woche, mit Verköstigung sogar gewöhnlich nur 1 1/2 Dollars, also kaum so viel wie ein chinesischer Anli auf den Plantagenfeldern Sumatras, aber der Chinese leistet auch mindestens das Zwei- oder Dreifache, wie der philippinische Arbeiter. Sodann aber bindet sich der Malai nicht gerne auf lange Zeit. Nur die ganz Armen, die gar nichts ihr Eigen nennen, verstehen sich dazu, sich für längere Zeit zu verpflichten. Diejenigen, die selbst etwas Land besitzen, und diese bilden heute noch die Mehrzahl, betrachten die Arbeit auf den Plantagen nur als Anhängselarbeit, als ein Mittel, etwas Bargeld in die Finger zu bekommen. Sie wollen sich nur auf kurze Zeit anarbeiten. Im Gegensatz zum Chinese, der nie genug erwerben kann, sind sie Feinde einer intensiven Thätigkeit; haben sie genug verdient, um in der nächsten Zeit nach ihren Begriffen einigermaßen anständig leben zu können, warum sollten sie sich dann noch weiter anstrengen? Soll das für den Handel besser werden, dann muß das Plantagenwesen und die Einfuhr chinesischer Anli mit langen Arbeitskontrakten mehr begünstigt werden, dann muß vor allem die primitiv-bäuerliche Eigenwirtschaft der Eingeborenen zurückgedrängt, d. h. der Eingeborenen proletarisirt werden.

Daß aber die fast ausschließlich ackerbaureisenden Stämme willig ein solches Schicksal über sich ergehen lassen werden, ohne gegen die herrschende tagalisch-chinesisch-spanische Minorität zu revolutioniren, ist recht unwahrscheinlich, da neben den sozialen Gegensätzen ein tief eingewurzelter Rassenhaß zwischen den verächtlichen Volksstämmen der Philippinen existirt. Den Biharen, Pampangos, Pangasinanen, Ilocanen, Igoroten ist der Tagale beinahe noch mehr verhaßt, wie der Spanier. Ein Ausweg ließe sich darin finden, daß man die Provinzen, welche von demselben Volksstamm bewohnt werden und ungefähr dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse aufweisen, zu größeren Verwaltungskörpern vereinigt und diesen dann eine gewisse Selbstverwaltung einräumt, also z. B. ein sich in der Hauptsache selbstregierendes Gouvernment der Visayas-Inseln, der tagalischen Provinzen, der Ilocanischen Provinzen der Westküste Luzons u. s. w. schafft. Das würde jedoch bald zur Folge haben, daß sich die Kolonie in eine Reihe nur noch lose zusammenhängender, kleiner Staatengebilde von sehr verschiedenartigen Charakter zerstückelte; jedenfalls würden die nach Macht und Einfluß strebenden sogenannten gebildeten Kreise, vor allem das auf Ausbeutung der inneren Landeskräfte spekulierende Händlerthum, sich durch eine solche Lösung sehr in ihren Erwartungen betrogen fühlen.

Unter diesen Umständen erscheint es als das beste für die Kolonie, wenn sie, oder wenigstens Luzon, direkt von den Vereinigten Staaten annektirt würde, die nicht nur die nötigen Geldmittel haben, um die reichen Schätze des Landes zu erschöpfen, sondern auch die nötige Macht, die widersprechenden Volksgruppen zusammenzuführen. Indes kommt für die Beurteilung dieser Frage nicht bloß das kulturelle Interesse der Philippinen in Betracht; es handelt sich in erster Reihe darum, welchen Einfluß die Annexion auf die politische Gesamtlage in Ostasien haben wird, und von diesem Standpunkt aus betrachtet, erhält die Sache ein weniger günstiges Aussehen.

Es liegt die Auffassung nahe, daß eine Inbesitznahme Luzons durch die Vereinigten Staaten die Stellung Englands gegenüber Ostasien verbessern, indem sich damit gewissermaßen eine neue Macht einschleibt, die mit England befreundet ist und mit diesem das gleiche Interesse an der Offenhaltung des chinesischen Marktes hat. Die Frage ist nur: Wird diese Freundschaft von längerer Dauer sein? Jetzt schon ist Amerika der bedeutendste Konkurrent Englands auf dem ostasiatischen Absatzmarkt und diese Konkurrenz wird jedenfalls noch bedeutend zunehmen, sobald den Vereinigten Staaten Luzon zufällt, das sich wie keine andere Insel zum Stapelplatz für den Waarenverkehr nach Ostchina und dem indischen Archipel eignet. Wird dem Abdruck gegenüber, den Englands Handel dadurch erleidet, die anglo-amerikanische Freundschaft sich halten? Werden die Vereinigten Staaten sich der englischen Handelspolitik der „offenen Thore“

anschließen? Heute mag diese Politik noch als am vorteilhaftesten für den chinesischen Handel Nordamerika's gelten; aber wird diese Ansicht fortbestehen, wenn durch die Annexion der Insel der Vereinigten Staaten steigt und das auf den Philippinen angelegte amerikanische Kapital sich in die Lage versetzt findet, für die philippinischen Kolonialprodukte sich Absatzmärkte in Ostasien zu sichern? Ob die Politik der „offenen Thore“, oder die Politik der „abgeschlossenen Interessensphären“ vorteilhafter ist, das ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Was für die hochentwickelte Industrie des einen Landes paßt, das ist deshalb noch nicht von Vorteil für die schwächere Industrie eines anderen Landes. In Nordamerika haben seit Jahren die monopolistischen Tendenzen immermehr die Oberhand gewonnen, und wahrscheinlich werden schon die nächsten Verhandlungen über die Zoll- und Handelsangelegenheiten der Philippinen zeigen, daß die amerikanischen Kapitalisten keineswegs gewillt sind, sich der englischen Handelspolitik ohne weiteres anzuschließen und die Thore für alle offen zu lassen, wenn sie ohne die Gefahr neuer Verwickelungen sich besondere Vorteile zu sichern vermögen. Die Hauptfrage für die hinter der neueren amerikanischen Expansionspolitik stehenden Schiffahrts-, Eisenbahn-, Zucker-, Baumwoll-, Magneten- u. s. w. der Profit. Erscheint die englische Handels- und Kolonialpolitik weniger rentabel, nun, dann versucht man es eben mit einer mehr protektionistischen oder monopolistischen Politik.

Neberdies kommt noch ein anderes Moment in Betracht: die Absichten Japans auf die Philippinen, speziell auf Luzon. Seit Japan in den Besitz Formosa's gelangt ist, besteht in Japan der Plan, den philippinischen Archipel oder wenigstens Luzon dem japanischen Reich einzuverleiben, und seit einigen Jahren wird durch geheime japanische Gesellschaften und in tagalischer Sprache gedruckte Schriften eine rühmliche Agitation unter den Tagalen und tagalisch-chinesischen Metzger für den Anschluß an Japan betrieben, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. Unter allen Nationen erfreuen sich vielleicht die Japaner im tagalischen Mittel-Luzon der größten Sympathie. Eine Verfeinerung der Insel durch die Nordamerikanische Union würde deshalb in Japan, dessen Eifer sucher ohnehin durch die Annexion der Hawaii-Inseln erregt ist, als ein Eingriff in Japans Zukunftspläne empfunden werden, und es ist keineswegs unmöglich, daß unter dem Einfluß dieser Stimmung eine Anlehnung an Rußland erfolgt, zumal wenn England die Annexion begünstigt und somit als Bundesgenosse der Vereinigten Staaten erscheint. Das schnelle Eintreten Englands für die japanischen Ansprüche ist in Japan, wenn auch bisher politische Rücksichten zur Stellungnahme gegen Rußland zwingen, nicht vergessen worden. Versteht die russische Diplomatie in solchem Falle die Situation auszunutzen, weiß sie der japanischen Großmachtsucht gewisse Zugeständnisse zu machen, dann ist nicht ausgeschlossen, daß sie Japan zu sich herüberzieht, womit Rußland freie Hand für die Verfolgung seiner Pläne in Ost-China gewinnt; denn der Vorteil, den für Rußland eine Unterstützung oder auch nur wohlwollende Neutralität Japans hat, wird kaum durch die Unterstützung aufgewogen, die vielleicht England in einem Kriege bei den Vereinigten Staaten finden würde.

Das sind gewiß alles Konjekturen, — mit einiger Sicherheit läßt sich heute, wo die Absichten der Vereinigten Staaten in bezug auf die Philippinen noch nicht klar erkennbar sind, die Sachlage kaum beurtheilen. Sicherlich aber haben wir keinerlei Anlaß, uns über die Festhaltung der Vereinigten Staaten auf den Philippinen besonders zu freuen. In der Hand Spaniens ist der Archipel ein tochter Faktor, der bei der Entscheidung in Ostasien nicht mitspricht; im Besitz der Union kann er zur Ursache weiterer politischer Komplikationen in Ostasien werden, von denen durchaus noch nicht feststeht, daß sie im Interesse einer freizeitlichen Entwicklung Westeuropas ausfallen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. August.

Die Wähler und die Handelspolitik. Mit der agrarischen Presse müssen sich seit geraumer Zeit schon die Offiziosen herumschlagen, und zwar wegen der unausgesehenen Angriffe gegen die handelspolitische „Unentschlossenheit“ der heutigen Regierung. Allerlei persönliche Befürchtungen und Hoffnungen scheinen dabei mit einer Rolle zu spielen; wenigstens deutet darauf der neuliche Hinweis der „Wormser Zeitung“ des Freiherrn v. Seyl, daß „thätige frühere Vertrauensmänner des Grafen Caprivi und des Herrn v. Marschall die Fägel wieder in die Hand bekommen“ — eine Neuherung, die sofort von den bündlerischen Blättern ausgegriffen und weiter getragen wurde.

Augenblicklich sucht besonders die „Deutsche Tageszeitung“ mit der an ihr gewohnten Unkenntnis der einfachsten Thatsachen darzutun, daß die Reichsregierung nicht das Recht gehabt habe, England und seinen Kolonien, mit Ausnahme von Kanada, die Meistbegünstigung weiter zu gewähren. Das eine Kanada mit seiner Bevorzugung der britischen Erzeugnisse hätte genügen müssen, um das Mutterland wie alle englischen Kolonien in Deutschland von den niedrigeren Zollsätzen des Vertragstarifs auszuschließen. Das hätte man auch „nach dem deutschen Sprachgebrauch und der deutschen Sachlehre“ aus der Begründung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfs für ein Handelsprovisorium herauslesen müssen und man habe diese Begründung bei ihrer Veröffentlichung allgemein so aufgefaßt, wie es heute die „Deutsche Tagesztg.“ gegenüber den offiziellen Erwiderungen thue.

Den Schulmeisterstreit über das bessere Deutschverständnis derer um Pobodaewsky oder des Verfassers des berühmten Wiskäfergedichtes mögen Herr Schweinburg und Herr Dertel unter sich ausfechten. Für uns genügt es, daß, wenn wirklich die Form der Regierungsmotive nicht jede Unklarheit ein für allemal ausschließt, im Augenblicke der Vorlage an den Reichstag höchstens Leute vom Schlage der „Deutschen Tagesztg.“ über den Inhalt des Bundesrats-Vorschlages im unklaren sein konnten. Die kanadische Handels-

politik stand damals seit mehr wie einem Jahre
gefehllich fest. Nur um sich keiner Vertragsverletzung schuldig
zu machen, wandte Kanada seinen Generaltarif vorläufig auf
Deutschland (bis zum 31. Juli 1898) nicht an. Die Kündigung
des Vertrages seitens Englands war zunächst mir er-
folgt, um Kanada seine freie Bewegung wirklich zu verschaffen
— eine freie Bewegung, die sich sehr leicht auch einmal gegen
das Mutterland kehren kann. Zu glauben, daß England, um
für sich in Deutschland die Weisbegünstigung dauernd zu
sichern, heute noch immer seine self-governing colonies ohne
weiteres gleich mitverhandeln könnte — das würde ein Maß
von politischer Unschicklichkeit voraussetzen, wie wir es selbst
den Bündlern nicht zutrauen. Um mögliches von
England zu verlangen, heißt aber in ehrlichen
Worten: Keinen Vertrag mit England haben wollen.
Dann konnten die Bündler das Ende April im Reichstage
zur rechten Zeit sagen; dann mußten sie aber auch gegen
das Provisorium stimmen, das sie einstimmig an-
genommen haben und zwar aus guten Gründen. Denn
um des einen Dominiums Kanada willen, das ein Zehntel
Prozent unserer Einfuhr liefert und nach dem vier Zehntel
Prozent unserer Ausfuhr gehen, stellt man nicht den ganzen
Verkehr mit allen britischen Kolonien und schließlich auch
mit England selbst in das Ungewisse eines völlig vertrags-
losen Zustandes.

Wir sehen daher auch in der neuesten Quertreibung der
Agrarier nichts wie die übliche bündlerische Unkenntnis der
Thatsachen und die persönliche Schässigkeit gegen die „Ver-
trauensmänner des Grafen Caprivi“, die sich sehr wundern
werden, welchen Einfluß man ihnen in Worms und selbst in
Berlin zuschreibt. —

Zu den neuen Forderungen sagt die „Allgemeine Volks-
zeitung“: Wir müssen die Forderungen abwarten, ehe wir eine
Meinung darüber äußern können. Wenn aber die „Freistimmige
Zeitung“ eine Auflösung des Reichstags im nächsten Frühjahr
kommen sieht, so ist das eine Fernsehensart, der wir nicht zu folgen
vermögen.

Man sieht, es ist auf eine energische Opposition des Zentrums
nicht zu rechnen. —

Internationale Solidarität. Der jüngste Jahreskongreß
der sozialdemokratischen Föderation Englands hat eine sehr
herzliche Glückwunschkonkurrenz an die deutsche Sozialdemo-
kratie anlässlich der letzten glänzenden Wahlsiege beschlossen
und unseren gemeinsamen Freund Herbert Burrow
beauftragt, diese Glückwünsche uns bei seiner Anwesenheit in
Berlin persönlich zu übermitteln.

Wir danken den englischen Genossen für dieses Zeichen
treuer Gesinnung und sprechen die Erwartung aus, daß die
Beziehungen zwischen den organisierten Proletariaten Englands
und Deutschlands immer intimer und fester werden mögen. —

Neue Ziffern für die Metallisten, die die Vertheidiger der
Goldwährung mit der „Knappen Goldbede“ gaulich zu machen
suchen, sind die neuesten Angaben über das Anwachsen der Gold-
produktion. Die ersten Schätzungen, welche der amerikanische Münz-
direktor Mr. Preston über die Goldproduktion des heurigen Jahres
veröffentlicht, liegen nunmehr vor. Die Hauptziffer wurde bereits
vor kurzen durch das Rabel gemeldet. Der Münzdirektor taxirt die
Goldproduktion der Erde auf 275 Millionen Dollars gegen 240
Millionen Dollars im vorausgegangenen Jahre. Die Entwicklung
der Goldproduktion während der letzten fünfzehn Jahre ist aus den
folgenden Ziffern ersichtlich:

Jahr	1883	1890	1893	1896	1897	1898 (Schätzung)
Millionen Dollars	95,4	118,8	157,4	199,3	202,9	240

In 15 Jahren hat sich somit die Goldproduktion der Erde ver-
dreifacht, und selbstverständlich ist das für Münzgewerkschaften
Quantum des gelben Metalls gleichfalls bedeutend gestiegen. Der
Münzdirektor nimmt an, daß im Jahre 1893 nach Abschlag des
Bedarfs für die Zwecke der Industrie 45 Millionen Dollars Gold
für Münzgewerkschaften disponibel waren; im Jahre 1898 175 Millionen
Dollars für diese Zwecke verfügbar sein dürften. Von
Interesse ist auch die rüstige Entwicklung der Goldproduktion
in Süd-Afrika und Australien. Bis zum Jahre 1896 be-
haupteten die Vereinigten Staaten von Amerika die erste Rolle
unter den Gold produzierenden Ländern. Jetzt haben sie diese Stelle
an Südafrika und Australien abgegeben und nehmen den dritten
Rang ein. Im Jahre 1897 hat die Goldproduktion in Südafrika
und Australien je 60 Millionen Dollars erreicht, während Amerika
nur 58 Millionen Dollars produziert hat. Die diesjährige Gold-
erzeugung Südafrikas wird auf 75 Millionen Dollars, demnach
doppelt so hoch, als im Jahre 1896, geschätzt. Die Goldgewinnung
im Klondike-Gebiete schätzt Mr. Preston auf nur 6 Millionen
Dollars. Die Goldproduktion Australiens stellte sich in den letzten
Jahren auf 22 Millionen Dollars, dürfte aber durch die Eröffnung
der sibirischen Eisenbahn eine Steigerung erfahren. Mexiko dürfte
heuer 15 Millionen, Kolorado 24 Millionen Dollars Gold fördern.

Deutsches Reich.

Vom Fortgange der Justizgesetzgebung wird heute offiziell
geschrieben: „In nächster Zeit werden die letzten Vorbereitungen für
die einheitliche Regelung des Verlagsrechts und die Revision der
gesamten Gesetzgebung über das Urheberrecht ein-
geleitet werden, und es darf als zweifellos angesehen werden,
daß ein entsprechender Gesetzentwurf bald, wahrscheinlich
schon in der nächsten Tagung, fider aber in der über-
nächsten dem Reichstage zugehen wird. Damit würde, abgesehen
von unwesentlichen Dingen, der große Reformplan, den der
Staatssekretär des Reichsjustizamtes Niederberg in der Reichstags-
sitzung vom 21. März 1896 als die nächste Aufgabe des Reichstages
im Bereiche der Thätigkeit des Reichsjustizamtes bezeichnet, bis auf
die einheitliche Regelung des Verlagsrechts, welches aus dem
bürgerlichen Gesetzbuch ausgegliedert ist, erfüllt sein. Es darf aber
auch als ziemlich wahrscheinlich angesehen werden, daß schon
in naher Zeit ein auf das Versicherungsgesetz be-
züglicher Gesetzentwurf die gesetzgebenden Faktoren des
Reichs beschäftigt wird.“ —

Ein toller Unternehmer-Übergriff, der eine Folge der
tropischen Augusthitze zu sein scheint, wird uns aus Magdeburg
gemeldet. Am Mittwoch Abend beschloß dort eine Versammlung des
Arbeitgeber-Verbandes des Maurer- und
Zimmerer-Gewerbes (angeblich) einstimmig:
„Den ausländischen Maurern und Bauarbeitern mitzutheilen,
daß sie für die Zeit, in der sie kontraktmäßig geworden, also bis
zum 31. März 1900, bei keinem Geschäft des Ver-
bandes wieder Arbeit erhalten, falls sie bis Sonn-
abend, den 27. August, früh 6 Uhr, die Arbeit nicht wieder auf-
nehmen.“
Des Weiteren ist den sämtlichen Arbeitnehmern
öffentlich bekannt zu geben, daß Dienstag, den 30. August, abends
6 Uhr, sämtliche Bauarbeiter im Stadtkreis
Magdeburg eingestellt werden, falls bis dahin die Ge-
schäfte, die unter Sperre liegen, nicht mit einer entsprechenden An-
zahl von Arbeitkräften besetzt sind.

„Die Arbeitwilligen, welche während des letzten Streiks ge-
arbeitet, und auch die, welche von Eröffnung der Arbeitsstätten am
4. Juli an bis zur Beendigung des Streiks gearbeitet haben, sind
von dieser Maßnahme ausgeschlossen.“ —

Es handelt sich, beiläufig bemerkt, nur um einige Bauten, wo
die Maurer wegen Verweigerung einer Lohnaufbesserung die Arbeit
niederlegten. Dafür soll jetzt zwei Jahre lang das ganze Bau-
gewerbe Magdeburgs hängen.

Kuher der „Magdeburgischen Zeitung“, die ja mit den Wölfen
heulen muß, hat bis jetzt noch kein bürgerliches Blatt Magdeburgs
über sich vernehmen, den lächerlichen Beschluß des Arbeitgeber-
verbandes zu unterstützen.

Die „Magdeburgische Zeitung“ sucht den Beschluß durch
die Mittheilung vor dem Publikum zu rechtfertigen: „Wie
es den Anschein hat, beabsichtigen die Maurer auch an
anderen Stellen die Arbeit niederzulegen, so daß es nicht
ausgeschlossen ist, daß die Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe bald
wieder in vollem Umfang entbrennen, nachdem eben erst nach einem
vierteljährlichen Lohnkampf der Frieden zwischen Arbeitgebern und
Arbeitnehmern auf Grund eines von beiden Theilen anerkannten
neuen Lohn- und Arbeitsvertrages geschlossen und die Arbeit unter den
festgesetzten Bedingungen aufgenommen worden war.“

Demgegenüber schreibt die „Vollstimme“: Es ist den
Maurern nicht eingefallen, auch an anderen Stellen die Arbeit
niederlegen zu wollen. Diese Lage zieht nicht. Sodann ist es gleich-
falls unwahr, daß beide Theile (Unternehmer und Arbeiter) den
Lohnvertrag anerkannt haben. Die Unternehmer haben den Lohnvertrag
eigentlich nicht anerkannt, die Arbeiter sind nicht gefragt worden,
sie sind nur zur Unterchrift genöthigt worden nach 1/4-jährigen
Kampfe. So liegen die Dinge! —

Für den Sparzwang jugendlicher Arbeiter legen sich natür-
lich auch die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schwein-
burg ins Zeug. Nach ihnen sind derartige Lohninbehaltungen zu-
lässig, zunächst, weil durch einen Vertreter der verbündeten Regierungen
seinerzeit die Bestimmung, daß den Arbeitern der Lohn baar aus-
bezahlt werden müsse, dahin im Reichstag interpretirt worden sei,
daß durch dieselbe Abzüge von Löhnen, z. B. zu Wohlfahrtsanstalten
oder Fabrik oder Stundung oder Zurückhaltung eines Theils des Lohnes
(als Kaution) nicht verboten seien. Was ein Vertreter der verbündeten
Regierungen im Reichstage erklärt, ist für die Interpretation eines
bestehenden Gesetzes werthlos, und darum ist auch der zweite Grund
für die Berechtigung des Sparzwanges hinsichtlich, wonach im Plenum
des Reichstages ausdrücklich festgestellt sei, daß mit dem § 115 der
Gewerbe-Ordnung Lohninbehaltungen durchaus nicht ausgeschlossen
seien. Auch der Reichstag hat Gesetze nicht auszuliegen. Im übrigen
ist im Plenum das, was die „Berl. Politischen Nachrichten“ be-
haupten, auch gänzlich festgestellt worden. Festgestellt wurde vielmehr
nur, daß die Bestimmung des § 115 Lohninbehaltungen über-
haupt nicht unmöglich mache. Nun sind aber für die gewerblichen
Arbeiter die Arten und das Maß der Lohninbehaltungen in § 119a
der Gewerbe-Ordnung ein für allemal normirt. Von anderen Lohn-
inbehaltungen ist im Gesetz nirgends die Rede, und weil dies der
Fall ist, so tritt eben die allgemeine Bestimmung des § 115 ein,
wonach die Löhne den Arbeitern baar auszuzahlen sind. Ein
Arbeitgeber, der anders handelt, macht sich nach § 148 der Gewerbe-
Ordnung direkt strafbar. Ueber diese Auslegung kann gar kein
Zweifel bestehen, und wir sind darum begierig, ob die berufenen
Behörden sorgen werden, daß die offensibaren Verletzungen der Ge-
werbe-Ordnung, wie sie zu ungunsten der Arbeiter in einigen
Gegenden Deutschlands angewendet werden, aufhören. Gesetze sind
dazu gegeben, daß die Behörden über ihre Ausführung wachen. Es
ist ein trauriges Bild, die Behörden in einem Falle auf Seiten der
Unternehmer zu sehen, wo sie blind für die gesellschaftlichen Bestimmungen
sind. Wenn zum Schluß die „Berliner Politischen Nachrichten“
ausführen, daß die oben erwähnten Bestrebungen der Fabrik-
anten auf Hebung der Wirtschaftlichkeit in Arbeiterkreisen sich
durchaus konform mit dem Gesetze bewegen, so möchten wir die
Herrn Fabrikanten ersuchen, auf die Hebung der Wirtschaftlichkeit
gefälligst in ihren eigenen Kreisen bedacht zu sein. Nicht Hebung
der Wirtschaftlichkeit in Arbeiterkreisen, sondern Vermehrung des
flüssigen Betriebskapitals dürfte wohl eher die Fabrikanten veran-
lassen, den Sparzwang einzuführen zu wollen. Es geht heute schon
über das erlaubte Maß, wie die Fabrikanten in
ihren verschiedenen Klassen das Geld der Arbeiter zur Er-
höhung ihres Kredits und ihres Betriebskapitals benötigen. Die-
sem Umfuge gilt es, ein halt zu gebieten. Das Kapital der Aktionäre
verzinst sich jedes Jahr über den landesüblichen Zinssfuß, die Guth-
haben der Arbeiter dagegen, die auch mitwachen, werden höchstens
landesüblich verzinst. Die Differenz kommt natürlich der Fabrik,
entweder dem Einzelunternehmer oder den Aktionären zu gute. Die
Sorge um die Wirtschaftlichkeit der Arbeiter ist hier nur das De-
ckblatt für den Profitgierigen gewisser Fabrikantenkreise.

Von Herrn v. Groeben-Arenstein schreibt heute die „Deutsche
Tageszeitung“, daß die von ihm hervorgehobenen persönlichen Gründe
seines Austritts aus dem Bunde der Landwirthe keineswegs in einer
zwischen dem ersten Vorsitzenden Herrn v. Wangenheim und Herrn
v. d. Groeben obwaltenden Gegenseitigkeit bestanden. So viel die
„Deutsche Tageszeitung“ weiß, ist Herr v. Wangenheim mit Herrn
v. d. Groeben nahe befreundet.

Die „Kreuz- und Zeitung“ bemerkt: Wir vermuthen, daß der Abg.
v. d. Groeben über die Unkenntnis des „Vorwärts“ einfach ebenso
herzlich lachen wird, wie jeder, der ihn und seine angeblichen intimen
Beziehungen zum Hofe kennt. Denn wir wüßten kaum, auf wen
diese Behauptung weniger als auf ihn zuträfe.

Etwas spät kommt diese nicht recht sicher klingende Ablehnung
der „Kreuz- und Zeitung“.

Wir halten die Mittheilung ihrem vollen Inhalte nach auf-
recht. —

Militärbehörde und Arbeiterbewegung. Aus Pienburg
wird uns geschrieben: Daß in diesem nördlichsten Winkel unseres
Vaterlandes, wo bei jeder Gelegenheit im offiziellen und nicht-
offiziellen Verhalten des Patriotismus das Deutschthum zum ge-
schlossenen Widerstand gegen die dänischen Protestler aufgerufen
wird, die Klagen gegen die Arbeiterbewegung unter den deutschen „Pionieren“ so stark
zugenommen sind, wie nur irgend in Sachsen oder im Königreich Stumm,
haben die Leser aus den verschiedenen Berichten über die hiesige
Arbeiterbewegung erfahren. Das seitens der Polizeibehörde an ein-
zelne streikende Maurer ergangene Verbot des Aufenthalts auf dem
hiesigen Bahnhofe, der Baumaterialien-Voyfott, welcher
vom Arbeitgeber-Verband über diejenigen Maurermeister,
welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, ver-
hängt wurde, und insolge dessen heute auf weniger
Bauten gearbeitet werden kann, als nach Beginn des Streiks, haben
in der unabhängigen Presse Deutschlands Aufsehen erregt. Wie
nunmehr bekannt wird, hat sich auch die Militärbehörde ge-
müht, die Arbeiterbewegung der hiesigen Bauhandwerker
Stellung zu nehmen. Ein Maurer richtete eine Woche vor der
Proklamirung des Ausstands an das hiesige Bezirks-
kommando ein Gesuch um Dispensation von einer militärischen
Lebung mit der Motivirung, seine Frau sei ihrer Entbindung ent-
gegen, Angehörige oder Verwandte habe er nicht am Orte und sei
im Falle seiner Einberufung auf fremde Erde angewiesen. Auch
mit Rücksicht auf die entstehenden Unkosten sei es für ihn
wünschenswerth, wenn er seine lohnende Beschäftigung nicht aufzu-
geben brauche. Auf dieses Gesuch erhielt der Antragsteller folgenden
Bescheid:

Bezirkskommando. Pienburg, 11. 7. 98.

Dem Reserv. — Maurer

Sie sind von der Lebung am 20. 7. 98 nicht befreit. Sie
haben unrichtige Angaben gemacht. Sie haben jetzt gar keine
Arbeit, also die beste Zeit zum dienen.

Ihre Lage muß auch eine sehr günstige sein, da Sie sonst
Ihren guten Verdienst nicht aufgeben hätten.

Name unleserlich.

Die sozialpolitische Ansicht, die aus dem letzten Satze des
Schriftstückes hervorleuchtet, ist verblüffend. Wenn der Arbeiter sich
zum Ausstand entschließt, muß seine Lage eine sehr günstige

sein! Aus welcher Quelle wohl das Bezirkskommando seine
Informationen eingezogen hat? Aber auch abgesehen davon ist die
Vergründung der Ablehnung unzutreffend, da der Arbeiter, wie er-
wähnt, zur Zeit der Abfassung seines Gesuchs noch in Beschäftigung
gestanden hatte. Das Gesuch datirt vom 30. Juni, am 4. Juli wird
der Streik proklamirt. Am 20. vor. Mts. wird der Arbeiter zur
Lebung eingezogen, und am 23. kommt seine Frau nieder! Ja, trotz
seiner dringenden Bitten erhält der Arbeiter noch nicht einmal die
Erlaubniß, sei es auch nur des Nachts, seine Frau besuchen zu
dürfen. Hätten nicht hilfsbereite Nachbarn eingegriffen, so wäre die
Familie in die größte Noth gerathen.

Und da redet man noch von der unmöglichen Verschärfung der
Klassengegenstände durch die Sozialdemokratie! —

Schon wieder eine neue Lotterie! Aus Kachen wird tele-
graphirt: Dem „Politischen Tageblatt“ zufolge ist die Geldlotterie
zur Wiederherstellung des Rathhauses und des Mühlsees genehmigt
worden. Für das Rathhaus sind 540 000 M., für das Münster
600 000 M. bestimmt. —

Uebing, 24. August. (Fig. Ver.) Während der Wahlkampagne
wurden hier zwei Genossen bei der Verbreitung von Flugblättern
auf dem Lande in einem Krug von dem Schenkwirth und einigen
Helfershelfern größtlich mißhandelt, sodah sie mehrere Verletzungen
davontrugen. Die Blätter wurden ihnen fortgerissen und sie selbst
durch das Verfluchen der Thür am Entweichen verhindert. Als
man sie endlich herausließ, wurden noch die Hände auf sie gelegt,
die ihnen die Kleider buchstäblich vom Leibe rissen.

Die Genossen haben gegen die konservativen Kaufbolde Straf-
antrag wegen Körperverletzung, Verleumdung, Diebstahl, Röhigung,
Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung gestellt, worauf ihnen
dieser Tage vom Uebinger ersten Staatsanwalt der Bescheid zuging,
daß es gegen die 4 Beschuldigten wegen Körperverletzung und Ver-
leumdung Anklage erhoben habe. Dann heißt es aber weiter in
dem Bescheide:

„Die Erhebung der Anklage wegen der den Beschuldigten
weiter zur Last gelegten Straftaten — Diebstahl, Röhigung,
Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung lehne ich ab.“

Die Beschuldigten haben ihnen die Flugblätter abgenommen
und versucht, sie bis zum Eintreffen des Genarnten festzuhalten,
weil sie der Ansicht waren, daß der Inhalt der
Blätter strafbar wäre. Und in der That streifte der
Kaufbolde in manchen Punkten hart an den Thatbestand der Ver-
leumdung. Es muß daher zu gunsten der Beschuldigten an-
genommen werden, daß dieselben sich berechtigt
geglaut haben, sie vorläufig festzunehmen,
da Sie bei dem Verbreiten der Schriften mit dem von den Be-
schuldigten für strafbar gehaltenen Inhalt auf frischer That ver-
troffen waren.“

Die Anklage wegen Sachbeschädigung zu erheben, wird ab-
gelehnt, weil dieselbe sich nicht als selbständige That darstellt, sondern
durch die Mißhandlung verursacht ist.

Nach dieser merkwürdigen Auslegung des Staatsanwalts kann
jeder beliebige Patron einen Flugblattvertheiler festnehmen und
ein sperren, ohne sich der Freiheitsberaubung schuldig zu machen,
wenn er nur in dem Glauben sich befindet, dazu be-
rechtigt zu sein und den Inhalt der Blätter für strafbar hält.
Ein guter Konservativer hält natürlich den Inhalt sozialdemokratischer
Flugblätter immer für strafbar und wird sich jederzeit dazu berechtigt
halten, den Verbreitern dieser Blätter dieselben wegzunehmen und
sie selbst einzusperren, bis ihm irgend ein Beamter klar macht, daß
er dazu kein Recht hat. Die streifenreichen Junter werden aus
dieser staatsanwaltschaftlichen Begründung die Rügeanwendung ziehen,
daß sozialdemokratische Flugblätter und ihre Vertheiler für vogel-
frei erklärt sind. Hat doch ihre Wählkraft im allgemeinen, nun auch
vom Staatsanwalt keine entschiedene Verurtheilung erfahren. —

Breslau, 25. August. In der heutigen Versammlung
deutscher Forstmänner wurde ein Antrag angenommen,
nach welchem die Vereinigung der Versammlung deutscher Forst-
männer mit dem Reichs-Forstverein erwünscht ist. Eine Kommission
wurde mit den nöthigen Vorarbeiten beauftragt. Als Versammlungsort
für das Jahr 1899 wurde Schwerin gewählt. —

Neustadt a. d. Saarde, 25. August. Der deutsche all-
gemeine Genossenschaftstag wurde heute hier eröffnet.
350 Teilnehmer, darunter ein Vertreter des internationalen Ver-
bandes aus London, waren erschienen. Präsidirt auch München begrüßte
die Versammlung. Verbandsamtwalt Krüger konstatierte die stete Zu-
nahme der Genossenschaften. —

Ceslerreich.

Brag, 25. August. Auf dem slavischen Katholikentag
wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Wiederherstellung
der weltlichen Macht des Papstes gefordert und gegen das moderne
Theater, sowie gegen den Duh-Kultus protestirt wird. —

Lemberg, 24. August. Der Statthalter erklärte heute einer
Deputation, er könne gegenwärtig einen Antrag auf Aufhebung des
Ausnahmestandes nicht stellen, da die Gemüther noch derartig auf-
geregt seien, daß die Aufhebung eine ernste Gefahr herbeiführen
könnte; die Einstellung der Thätigkeit der Geschworenengerichte sei
unumgänglich nothwendig gewesen; sie habe lediglich die Sicherung
einer völlig objektiven Rechtsprechung (!!) bezweckt. —

Ungarn.

Budapest, 25. August. Der „Magyar Ország“ hatte gestern
gemeldet, daß Agitatoren verschiedener Nationalitäten sowohl Oester-
reichs als Ungarns in einer Zusammenkunft in Karlsbad die Ein-
setzung eines Aktionskomitees beschlossen hätten, welches die
föderalistische Bewegung in der ganzen Monarchie fördern solle.
Der Hauptzweck dieses Komitees sei Wien, wo auch Abgeordnete der
christlich-sozialen und der katholischen Volkspartei herangezogen worden
seien. In Prag und Bukarest seien ebenfalls Aktionskomitees eingesetzt
worden. Diese Meldung des „Magyar Ország“ giebt der Presse Anlaß zu
eingehenden Betrachtungen. „Magyar Ujság“ schreibt, derartige
zentrifugale Tendenzen müßten bekämpft werden, Ungarn müßte
trotz dem Dualismus stehen. Am schärfsten äußert sich der
„Országos Szilap“; er sagt, Föderalismus bedeute den Zerfall der
Monarchie; ein föderalistisches Oesterreich-Ungarn würde aufhören,
eine Großmacht zu sein; es würde kaum mehr bündnisfähig sein.
Auch der „Wesli Szilap“ wendet sich gegen föderalistische Be-
strebungen.

Wiesbach wird aber die Richtigkeit des vom „Magyar Ország“
Gemeldeten bezweifelt. —

Frankreich.

Paris, 24. August. Major Esterhazy erschien heute vor dem
Untersuchungsgericht, welches in der Kaserne Chateaubain zusamen-
getreten war. General Florentin führte den Vorsitz; als Zeugen
wurden der Oberst des 74. Infanterie-Regiments und General
Vellieux vernommen. Das Urtheil des Gerichts wurde dem
General Jurindin übermittelt, der es Cavagnac mittheilte;
letzterer wird morgen oder am Freitag seine Entscheidung treffen. —

Paris, 25. August. Der „Gaulois“ erfährt, vor dem Unter-
suchungsgericht habe General Vellieux den Major Esterhazy hinsichtlich
des Vorderaus entlastet. Die Entscheidung des Untersuchungs-
richters werde der gegen Picquart gefällten analog sein. — Dem
„Journal“ zufolge wird der Staatsanwalt dem Untersuchungsrichter
in der Sache gegen Picquart seine endgültigen Entschlüsse mit-
theilen. — Der „Radical“ meldet, daß der Kassationshof am
1. September über die von Picquart eingelegte Berufung verhandeln
werde. —

Die Dresdner-Affäre scheint auch in die Verhandlungen der
eigentlich rein administrativen Generalräthe hindereispielen zu wollen.
Der Generalrath des Departements Sarthe nahm einstimmig einen
Beschlus an, durch den die Regierung erlaubt wird, die ent-
scheidensten Maßregeln im Interesse des Vaterlandes zu ergreifen,
um dem systematischen Bestreben gegen die Arme ein Ende zu
machen. —

Wunsch großer Torpedobestellungen für die französische
Regierung ist in Form einer Deputation von französischen Marines-
Offizieren entworfen.

Bekanntlich ist der Hauptbesitzer der Torpedofabrik in Pinné der Schwiegervater von Herbert Bismarck.

England.

London, 24. August. Bei der Erziehung für das Unterhaus, welche durch die Ernennung Curzon's zum Vizekönig von Indien in Southampton nötig geworden war, siegte der radikale Sir Kaylor Land mit einer Mehrheit von 272 Stimmen über den konservativen Lord Selkirk.

Auch diese Wahl beweist wiederum, daß die Politik des konservativen Cabinets immer mehr an Boden verliert und daß Neuwahlen, mühten sie jetzt vorgenommen werden, zu einer schweren Niederlage Salisbury's führen müßten.

Italien.

Rom, 25. August. Das Amtsblatt wird heute Abend das Dekret veröffentlichen, durch welches der Belagerungszustand in den Provinzen Pisa und Grosseto aufgehoben wird.

Der Kassationshof verwarf heute die von den Deputierten de Andreis, Turati und anderen gegen das Urteil der Militärgerichte in Mailand eingelegte Berufung.

Mailand, 24. August. („Frankf. Zig.“) Der Belagerungszustand wird in Florenz am 27. August, in Mailand am 3. September aufgehoben werden. Das Kriegsgericht von Mailand verurteilte gestern mehrere Eisenbahnbeamte wegen Streifpropaganda zu je zwei Jahren Kerker.

Turin, 25. August. Die unter dem Vorhild des Königs stattgefundene Konferenz beschloß die Aufrechterhaltung der militärischen Okkupation des erythraischen Hochlandes.

Asien.

Einem Anlaß zu einem französischen Staatschou. Der „New-York Herald“ meldet aus Hongkong, daß in Khaboa auf der Gaimaninsel ein Aufstand ausgebrochen sei. Die Missionare sowie die befehlten Eingeborenen hätten die Flucht ergriffen.

Sinan, eine große Halbinsel, liegt, nach Meinung der Franzosen, in deren Interessensphäre.

Afrika.

Von Englands Feldzuge gegen den Mahdi meldet eine Depesche aus Wad-Bahad: Kanonenboote und Kavallerie-Abteilungen unternahm eine Reconnoissance bis 40 Meilen von Omdurman und fanden, daß die Vorposten der Dervische sich in fädeliger Richtung zurückgezogen hatten. General Hunter wird morgen den Fluß hinauf vordringen mit einer Abtheilung der ägyptischen-judanesischen Division.

Amerika.

Kanadisch-amerikanische Zollkonferenz. Die das „Neuter“ Bureau aus Quebec erfährt, drohe für den Erfolg der daseitigen kanadisch-amerikanischen Konferenz zur Regelung der schwebenden Fragen der kanadische Vorzugstarif zu gunsten Großbritanniens ein unüberwindliches Hindernis zu werden. Die Unions-Delegierten lehnen es ab, in die Reziprozitäts-Verhandlungen einzutreten, so lange der Vorzugstarif nicht aufgehoben ist.

Preussische Landtagswahlen.

Die Parteikonferenz für den westfälischen Kreis Minden-Lübbecke

beschloß: Die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen in der Weise vorzunehmen, daß so viel wie möglich eigene Wahlmänner aufgestellt werden. In denjenigen Wahlbezirken, wo dies nicht möglich ist, kann für die Wahlmänner der freisinnigen Volkspartei gestimmt werden, wenn deren Landtags-Kandidaten sich für den Fall ihrer Wahl in den Landtag verpflichten, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entscheiden zu befehlen, die geeignet sind, die bestehenden Vorkämpfe im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so ist lediglich die Wahl eigener Wahlmänner zu betreiben, und in allen anderen Wahlbezirken, sowie bei der Abgeordnetenwahl strikte Stimmhaltung zu üben.

In einer anderen Resolution gab die Konferenz ihre Zustimmung zu dem an den Stutgartener Parteitag gerichteten Antrag der Herforder Konferenz: „Die Theilnahme an der Landtagswahl hat auf Grund eines Wahlbündnisses mit der freisinnigen Volkspartei zu erfolgen, demgemäß gemeinsame Wahlmänner aufgestellt werden und der Sozialdemokratie eine entsprechende Anzahl von Abgeordnetenmandaten eingeräumt wird.“

Nachdem noch aufgefördert worden war, man solle schon jetzt überall prüfen, ob es möglich sei, eigene Wahlmänner aufzustellen, wurde Minden zum Sitz des Wahlkomitees für die Landtagswahl bestimmt.

Die Charlottenburger Parteigenossen

besprachen die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen am Mittwoch Abend in einer Parteiverammlung. Die Versammlung fand in der Gambius-Bräuerei statt und war nur schwach besucht. Der Referent Ledebour legt ausführlich die verschiedenen Ansichten dar, die in den Parteikreisen über die Frage der Wahltheilnahme hervorgetreten sind. Er selbst hält es für absolut unzulässig, daß die Partei sich an den preussischen Landtagswahlen beteilige, weil aus eigenen Kräften nirgends Mandate errungen werden können und eine Unterstützung bürgerlicher Parteien für uns unzulässig sei. Die bürgerlichen Parteien, auch die freisinnigen, haben sich als unfähig zu wirklicher und ausdauernder Opposition gegen die Reaktion erwiesen, während solche christliche Opposition des Bürgerthums gerade die Voraussetzung für den Hamburger Parteitag war. Selbst wenn man aber zugeben wolle, daß es an sich für uns ganz erwünscht sein könne, wenn einige freisinnige Abgeordnete durch unsere Unterstützung in das preussische Abgeordnetenhaus kämen, so sei doch dieses möglicherweise zu erreichende Ziel nicht die Opfer werth, die von der Partei durch das Ausgeben der bisherigen althergebrachten Taktik und Tradition gebracht werden müßten. Der Redner schlägt endlich die am Dienstag Abend im Feenpalast beschlossene Resolution zur Annahme vor.

In der anschließenden Diskussion nimmt zunächst W. D. u. Holz das Wort. Er legt dar, daß bei den Wahlen im Charlottenburger Wahlkreis die Möglichkeit vorliege, durch Unterstützung der Freisinnigen die bisherigen zwei reaktionären Abgeordneten aus dem Landtage zu verdrängen. Allerdings habe das Bürgerthum starke reaktionäre Neigungen, aber nach gewissen Richtungen hin sind uns doch freisinnige Abgeordnete lieber als störrische reaktionäre. Alle bürgerlichen Parteien sind unsere Gegner, aber in verschiedenen Grade. Was die Haltung der Freisinnigen speziell in der Zeit nach dem Hamburger Parteitag betrifft, so sei sie nicht schlechter gewesen, wie immer. Inmitten habe sich bei der Abstimmung über das Reichliche Vereinsgesetz gezeigt, daß es unter Umständen auf jede einzelne liberale oder doch weniger reaktionäre Stimme im Landtage ankommen kann. Wenn eingewendet werde, die Genossen könnten sich den Gefahren nicht aussetzen, die in der offenen Stimmabgabe für die Sozialdemokratie liege, so sei diese Gefahr bei vielen städtischen Genossen keineswegs so groß, um von der Wahltheilnahme ganz absehen zu müssen.

Siegrist wendet sich gegen verschiedene Aeußerungen des Vordredners und spricht sich entschieden gegen die Wahltheilnahme aus. Sogel ist dagegen für eine Theilnahme an den Landtagswahlen, wogegen G. B. in längerer Rede von der Wahltheilnahme abtrah. Auch Stehr vertritt diesen letzteren Standpunkt. — Nachdem noch Ledebour in einem Schlusswort mehrere Mißverständnisse richtig gestellt und sich speziell gegen die Ausführungen von Wuchholz gewandt hat, wird die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Genossen von Brin

besprachen am 22. d. in einer öffentlichen Volksversammlung nach einem Vortrage des Genossen Händel über das Thema „Die Kreislonferenz und die Landtagswahlen“ die Frage der Theilnahme in lebhafter Diskussion. Der Referent und einige Redner sprachen für die Theilnahme, die Mehrzahl der Diskussionsredner gegen dieselbe. Als Delegirte zur Kreislonferenz wurden Dorn, Schleich und Händel gewählt.

Zu dem Beschluß der Berliner Partei-Versammlung vom 23. August

liegen uns bis jetzt drei kritische Aeußerungen der Parteipresse vor: Der „Volkswille“ in Hannover sagt über den Beschluß: „Das Klingt ja recht stolz, in Wirklichkeit aber haben die Berliner Genossen durch Annahme der Ledebour'schen Resolution der Gesamtpartei einen recht schlechten Dienst erwiesen. Mit der Annahme von Resolutionen ist auch noch nicht ein reaktionärer Streich hintangehalten worden; mit derartigen papiernen Waffen ist der Reaktion überhaupt nicht beizukommen. Wenn schon die Berliner Genossen vor der Reaktion die Finte ins Korn werfen — darüber hilft selbst die so schön stilisirte Resolution nicht hinweg — und sich den Keufel an den Beschluß des Hamburger Parteitages lehnen, dann kann man es wirklich den Provinzgenossen nicht verargen, wenn das Berliner Beispiel bei ihnen ansteuend wirken sollte; denn was den Berliner Genossen recht ist, ist den Genossen in der Provinz billig. Wohin soll denn das aber führen, wenn jeder beliebige Wahlkreis oder jeder beliebige Ort, auch wenn es Berlin ist, mit einer hochtönenden Resolution über Parteitags-Beschlüsse sich hinwegsetzen kann? Brahe man uns auch nicht allzusehr mit der „eigenen Kraft“. Gewiß, wir können aus eigener Kraft auch schon gegenwärtig vieles erreichen; aber sollen wir es deshalb verschmähen, uns der Mithilfe Dritter zu bedienen, wo unsere eigene Kraft noch nicht ausreicht? Besonders in dem Munde der Berliner Genossen nimmt sich das starke Betonen der „eigenen Kraft“ gar sonderbar aus. Anstatt den Genossen in der Provinz, die unter weit schwierigeren Verhältnissen zu kämpfen haben als die Berliner Genossen, mit einem guten Wort und Kraft zugehenden Beispiel voranzugehen in dem Kampfe gegen die Reaktion, geben sie das Signal zur allgemeinen Ausbreiher. Hoffentlich zeigen aber die Genossen in der Provinz den Berliner Genossen, wie man Parteitagsbeschlüsse beedatet und auch ausführt.“

Die „Volksstimme in Frankfurt a. M.“ nennt den Beschluß einen „unglücklichen“.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ sagt: „Die Verhältnisse in Berlin sind ganz eigenartig, indem hier der freisinnige Besitz vollkommen sicher steht; an die Erlangung einer sozialdemokratischen Majorität der Wahlmänner ist aber hier ebenso wenig zu denken, wie anderswo. Die Wahltheilnahme in Berlin könnte also nur die Agitation zu ihrem Ziele haben. Wir wären allerdings schon aus diesem Grunde entschieden für die Wahltheilnahme, denn in der Agitation liegt ja die Hauptaufgabe der Partei — und gerade diejenigen, die nicht viel von den „positiven Errungenschaften“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erwarten, mühten unjeres Erachtens am ehesten darauf bedacht sein, jede Gelegenheit auszunützen, welche sich darbietet, um die Massen aufzurütteln. Der Fehler der Nichttheilnahme bestand ja gerade darin, daß die Reaktionen uneingeschränkt und in aller Ruhe die Mandate unter sich vertheilten. Das wird jetzt anders.“

Partei-Nachrichten.

Die Genossen, die zum Parteitag nach Stuttgart delegirt werden, benachrichtigen wir hiermit, daß wir in hiesigen Gasthöfen und Hotels Wohnungen zu folgenden Preisen vorgezogen haben: 80 Pf., 1 M., 1,20 M., 1,50 M., 1,80 M., 2 M. und 2,50 M. Wir ersuchen die betreffenden Genossen, ihre Wünsche baldigst an Carl Sperka, Weihenburgerstr. 10 in Stuttgart gelangen zu lassen, damit die nöthige Eintheilung gemacht werden kann. Genossen, die auf eine Privatwohnung resortieren, mögen dies ebenfalls mittheilen.

Stuttgart, den 24. August 1898.

Mit Parteigruß

Das Wohnungs-Komitee.

Die Gründung einer Tageszeitung beschlossen am Sonntag die Gölzlicher Parteigenossen in einer Versammlung. Der Unternehmer, ein Dresdener Parteigenosse, glaubt schon mit einem Abonnentenstand von 3000 auszukommen, doch verlangt er als Sicherheit für einen etwaigen allzu großen Verlust einen Garantiefonds von 4000 M., der vollständig zurückgezahlt werden soll, sobald die Zeitung durch genügende Abonnentenzahl auf festen Füßen steht. Die 4000 M. sollen bis zum 1. Oktober aufgebracht werden durch Ausgabe von Bösen in Höhe von 1, 2, 3, 4 und 5 M. Das Blatt soll vom 1. November ab zum Quartalspreise von 1,50 M. erscheinen.

Die Breslauer „Volkswacht“, der wir diese Mittheilung entnehmen, bemerkt zu dem Projekt: Wenn die Gölzlicher Genossen eine Ahnung davon hätten, mit welchen Schwierigkeiten ein sozialdemokratisches Blatt zu kämpfen hat, so würden sie sich nicht so optimistischen Hoffnungen hingeben. An die Rentabilität des geplanten Unternehmens glauben wir nicht. Wir haben auch nicht unterlassen, den Gölzlicher Genossen unsere Erfahrung auf dem Gebiete des Zeitungswesens kund zu thun. Die warnende Stimme ist jedoch überhört worden. Wir wünschen unseren Genossen viel Glück; möchten sie nie Ursache haben, den Schritt zu bereuen.

45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Krefeld, 24. August.

Heute Morgen pilgerten etwa 3000 Personen nach Kevelar, wo festlich ein feierliches Pontificalamt mit einer von dem Bischof Dr. Dingeldey-Münster gehaltenen Ansprache stattfand. — Gegen 5 Uhr nachmittags begann in der wiederum überfüllten Festhalle die dritte öffentliche Generalversammlung. Dompropst Dr. Scheuffgen-Trier sprach — nachdem eine Reihe Depeschen, u. a. zwei des deutschen Kaisers und eine des Papstes verlesen worden — über die Einwirkung des katholischen Gedankens auf die soziale Frage und die katholische Caritas: Obwohl die Arbeiter heute besser leben als vor Jahrhunderten die reichen Leute, haben die sozialen Gegensätze einen immer schärferen Charakter angenommen. Es sei die Sozialdemokratie entstanden, die die Unzufriedenheit schärfe und die heutige Gesellschaftsordnung umstürzen wolle. „Es giebt keine Versöhnung zwischen uns und der Sozialdemokratie (Stürmischer Beifall). Es giebt weder einen christlichen Sozialdemokraten noch einen sozialdemokratischen Christen (Beifall).“ Wir katholische Christen sind stark, weil wir uns fürchten. Wenn wir schwach werden, dann rufen wir Gott um Hilfe an. Wir wollen durch eine umfassende Sozial-Gesetzgebung den Arbeitern helfen, wir wissen aber, daß trotz der besten Sozialreform Noth und Elend niemals vollständig aus der Welt geschafft werden kann. Wir wissen aber, daß auch die Sozialdemokratie den Arbeitern nicht helfen kann. Wir sind nach Kräften bemüht, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu bessern. Dadurch werden wir mehr erreichen, als die Sozialdemokratie. Der Redner wendete im weiteren auf die katholische Caritas (Wohltätigkeit). Wir wollen aber das wirtschaftliche Wohl des Seelenheil der Arbeiter niemals vergessen. Wir bauen auf Gott und wollen Gott mit uns ist, wer vermag gegen uns zu sein. (Stürmischer Beifall.)

Den folgenden Vortrag hielt Pfarrer Kengenort-Emmerich über den Verfall der Frau in sozialer Beziehung. Die katholische Kirche habe der Frau die menschenwürdige Stellung

verschafft, indem sie die Ehe zum Sakrament machte. Wenn die Frau religiös noch nicht so sehr um sich geirrt habe, dann sei das den Frauen zu verdanken. Die Frau habe zunächst die Aufgabe, häuslich zu sein, ihre Kinder in der Religiosität und Sittlichkeit zu unterweisen, ganz besonders aber ihre Töchter zu echten braven Töchtern der heiligen katholischen Kirche zu erziehen. (Stürmischer Beifall.)

Fabrikbesitzer Vogeno (Haren bei Kachen) sprach hierauf über die Vertretung des katholischen Volkes in Handel und Industrie. Wer im bürgerlichen Leben siehe, müsse auch in demselben eine möglichst hohe Stellung zu erlangen suchen. Wir dürfen hinter den Fortschritt der Zeit nicht zurückbleiben. Die Katholiken stehen in geistiger Beziehung Andersgläubigen in keiner Weise nach. Allein durch die Einrichtungen in Preußen sind wir vielfach von den Beamtenstellungen ausgeschlossen, daher die Rathen zwischen reichen katholischen Familien mit altkatholischen Beamtenfamilien. (Beifall.) Die Katholiken können nicht denen nachahmen, die mit dem Kermel das Zuchthaus streifen und auch nicht denen, die wenn auch nicht gegen die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches, so doch gegen die Grundsätze der christlichen Moral handeln. Ein katholischer Christ kann nicht, wie gewisse Großkonfessionäre, durch Bezahlung von Hungersolden die Konkurrenz besiegen. (Beifall.) Die katholischen Kaufleute müssen aber gleich allen anderen Kaufleuten eine gewisse Dreistigkeit an den Tag legen. Wer in der heutigen Welt Raum haben will, der muß seine Ellenbogen gebrauchen. „Sich Dir selbst, so wird Dir Gott helfen.“ (Stürmischer Beifall.) Der katholische Kaufmann muß danach streben, in seinem Fache möglichst das Höchste zu erreichen. Wenn der katholische Kaufmann sich von Andersgläubigen zurückdrängen läßt, so ist das nicht Befehdenheit, sondern Schlafmüdigkeit. (Beifall und Heiterkeit.) Die Katholiken müssen umso eifriger bestrebt sein, das Höchste Ziel in ihrem Berufe zu erreichen, damit sie im öffentlichen Leben Einfluß erlangen und diesen im Interesse des heiligen katholischen Glaubens, der ihnen immer das Höchste Ziel sein muß, geltend machen können. (Stürmischer Beifall.)

Den letzten Vortrag hielt Pfarrer Lehnen-Koblenz über: „Die Freiheit der Schule und des Unterrichts auf allen Stufen“. Bei der letzten Reichstagswahl haben die Sozialdemokraten zwei Millionen Stimmen gehabt, im katholischen Deutschland aber nur 100000. (Aber, aber! Red. d. „Vorw.“) Dies ist eine Mahnung, wie sie schwerwiegender nicht gedacht werden kann. Daran ist mit voller Deutlichkeit zu sehen, welche furchtbare Verheerung das liberale Schulwesen angerichtet hat. (Stürmischer Beifall.) Wenn man die Verhandlungen der liberalen Lehrer-Versammlungen liest, dann kann man sich über das Ergebnis der letzten Reichstagswahl nicht wundern. Wenn der Jugend der Glaube an Gott und an das Jenseits genommen wird, dann ist es kein Wunder, daß die Umsturzpartei an Zahl immer größer wird. Der Wind fäet, der wird Sturm ernten. Durch das ungeliebte Kulturkampfgesetz hat man die Kirche vor die Thür gesetzt und der Sozialdemokratie die Pforten zur Schule geöffnet. So hat der Staat die Waffe, mit der er die Kirche bekämpfen wollte, gegen sich selbst geschmiedet. (Stürmischer Beifall.) Die zwei Millionen sozialdemokratische Stimmen im nichtkatholischen Deutschland und die 100000 Stimmen im katholischen Deutschland sind die vernichtendste Kritik des Kulturkampfes. (Stürmischer Beifall.) Aber den katholischen Lehrern gebührt Ehre, Ruhm und Anerkennung. (Beifall.) Das Ergebnis der Reichstagswahl hat den Beweis geliefert, daß wir nicht bloß inferior (niedriger), sondern superior (höher) seien. (Stürmischer Beifall.) Ehre und Ruhm gebührt aber auch den katholischen Arbeitern, die, obwohl mitten unter ihren sozialdemokratischen Kollegen, treu und fest zu dem Glauben ihrer Väter gestanden haben. (Stürmischer Beifall.)

Ich habe die Ueberzeugung, der letzte Sonntag wird auch den Sozialdemokraten zum Bewußtsein gebracht haben, daß zwischen ihnen und den katholischen Arbeitern eine unüberbrückbare Kluft existirt. (Stürmischer Beifall.) Man spricht von einer Politik der Sammlung. Wenn man es mit dieser Sammlung ernst meint, dann möge man sich zunächst um die Kirche sammeln, sonst giebt es nur ein Sammelmurium. (Beifall und Heiterkeit.) In Wahrheit haßt man ja die schwarze Internationale noch mehr als die rothe. Wenn man es mit der Sammlung ernst meint, dann muß man in erster Linie den Unglauben bekämpfen, aber nicht bloß den Unglauben in den unteren Klassen, sondern ebenso den Unglauben auf den Kathedern unserer Hochschulen. Unglaube ist Unglaube, ob er im schamhaften Arbeitstittel, oder im gelehrten Feiersleide einherstreift. Der Unglaube, der von den Kathedern unserer Hochschulen gelehrt wird, ist gerade der aller-gefährlichste. (Beifall.) Möge man die Politik der Sammlung verlassen und den Forderungen der Kirche entsprechen, dann wird man den Umsturz wirklich bekämpfen. Hinfort mit den Simultan-schulen, hinfort mit den konfessionslosen Schulen, die in letzter Beziehung zum Unglauben führen. Wir verlangen eine konfessionelle Schule, die gleichzeitig Erziehungsanstalt sein muß und in der die Religion nicht bloß als Fachgegenstand behandelt, sondern das Lebenselement der Schule sein muß. (Stürmischer Beifall.) Das Schlimme ist nur, wenn wir Katholiken etwas fordern, dann geht es den bekannten Schneidengang, kommt aber eine Forderung von anderer Seite, so heißt es „cito citemus“. (Stürmischer Beifall.) Wir verlangen ein Volksschul-Gesetz auf christlicher Grundlage, in dem das Aufführrecht der Kirche zusteht. (Stürmischer Beifall.) Wir verlangen ferner vollständige Parität und wollen uns nicht länger als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen. Sie werden ja morgen in den liberalen Zeitungen lesen: Auf der Katholikenversammlung hat die dröhnende Hitze ihren Einfluß geltend gemacht. (Heiterkeit.) Wir sind während des Kulturkampfes viel verhöhnt und verlacht worden. Allein, wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Stürmischer Beifall.) Die Noth hat den gewaltigen Staatsmann schließlich doch gezwungen, mit der Kirche Frieden zu schließen. Fürst Bismarck sagte einmal unter dem vollen Beifall seiner Anhänger: „Nach Canossa gehen wir nie.“ Man soll nie „nie“ sagen. (Heiterkeit und Beifall.) Er mußte schließlich doch gehen, wenn auch nicht nach Canossa, so doch nach Friedrichshagen. (Stürmischer Beifall.) Gott der Herr wolle ihm jedenfalls den weiten Weg über die Alpen ersparen. (Beifall.) Justitia fundamentum regnum. Die Noth der Zeit post mächtig an unserer Thür. Es ist die höchste Zeit, daß Rettung kommt. Den mächtigsten Schutz kann der bedrohte Staat und die bedrohte Gesellschaft nur durch die Kirche erhalten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ueber die weiteren Verhandlungen liegen die folgenden Depeschen vor:

In der dritten geschlossenen Generalversammlung am Donnerstag brachte Dr. Lingen einen Antrag zur Gedung des Peterspfennigs ein. Weihbischof Dr. Schmitz empfahl im Auftrage des Kardinal-Erzbischofs von Köln in längerer Rede den Antrag; er forderte Keuleubung und starker Organisation der Michaels-Verbrüder, wobei er auf das Schicksal des Papstes, wie die finanzielle Unabhängigkeit des Papstes eine Voraussetzung seiner Freiheit und der Unabhängigkeit seiner Politik sei. — Die Versammlung nahm weiter einen Antrag des Fürsten Löwenstein auf Wiedereinsetzung eines Centralkomitees für die Katholiken Deutschlands an. Als Ort des nächsten katholischen Tages wurde Krefeld gewählt. Die letzte öffentliche Generalversammlung fand vormittags statt. Der Präsident verlas ein Telegramm des Papstes, worin dieser der Generalversammlung den apostolischen Segen spendet.

In der vierten öffentlichen Versammlung am Donnerstag vormittags sprach Abg. Dr. Spahn über den Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen und besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft und des Handwerks. Abg. Spahn besprach eingehend die gesetzgeberischen Maßnahmen zu gunsten der Landwirtschaft und bezeichnete den Vorwurf, die Gesetzgebung, als behandle sie

die von Wirtschaft als Nebenbedeutung für durchaus ungerechtigt. Diese siehe vielmehr im Mittelpunkt der Gesetzgebung und wenn das Zentrum die sogenannten „großen Mittel“ abgelehnt habe, sei dies aus guten Gründen geschehen. Man müsse auch auf die Industrie Rücksicht nehmen. Eine Industriebevölkerung, welche gute Löhne verdiene, sei die beste Abnehmerin der landwirtschaftlichen Produkte. Abgeordneter Dr. Porisch sprach über die Wirksamkeit und die Freiheit der Orden. Leider habe Fürst Bismarck bei der Revision der Waagegesetz mit dem Klostergeleit seinen reinen Tisch gemacht. Bismarck hatte dazu hinreichende Stoutrage und eine starke Hand; aus diesem Grunde sei Bismarck über Bismarck's Sturz traurig gewesen. Windthorst habe auch nicht, wie es behauptet wurde, beim Sturze Bismarck's einen Namen als Nachfolger genannt; er habe nur die Befürchtung ausgesprochen, daß nach Bismarck ein Mann kommen werde, der, wenn er auch den Willen, doch nicht die Macht und die starke Hand Bismarck's haben würde. Die Unterredung zwischen Bismarck und Windthorst sei auch nicht von Windthorst durch Vermittlung Weichroder's nachgeführt worden, vielmehr sei die Initiative zu dieser Unterredung von anderer Stelle ausgegangen. Dies müsse er feststellen zur Ehre des Andenkens des Mannes, der seine Memoiren hinterlassen, zur Abwehr der Lügen, die auch an die stille Gruft in der Marienkirche in Hannover heranbrängen. (Stürmischer Beifall.) Dr. Porisch trat für unbedingte Zulassung aller kirchlichen Orden ein und plädierte insbesondere für die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Hierauf schloß der Präsident Freiherr v. Freyberg die Versammlung und dankte dem Volkkomitee und der Bürgerchaft Krefelds für die erwiesene Gastfreundschaft. Hierauf fand die Versammlung „Großer Gott, wir loben Dich“ und ging dann unter Hochrufen auf den Präsidenten auseinander. Nachmittags fand ein Festmahl statt.

Eine bemerkenswerte Auslassung vom Dienstag ist noch nachzutragen. Nach der Niederrheinischen Volkszeitung äußerte Weihbischof Schmitz bei der Beratung des Antrages, betreffend Unterstützung des Vereins vom heiligen Lande: „Wir müssen dem heiligen Lande zeigen, daß es auch katholische Deutsche giebt, die dort mit erhöhter Kraftanstrengung den Wettbewerb mit anderen Konfessionen aufnehmen. Gegenüber einer gewissen Presse, welche die Palästina-Fahrt unseres Kaisers einseitig auszuwerten sucht, ist es vielleicht gut, zu bemerken, daß hier keineswegs die Ansicht besteht, es liege in der Absicht der Regierung und des Monarchen, der Palästina-Fahrt einen exklusiv protestantischen Charakter zu geben. Der gefährlichste Feind des katholischen Christentums im Ausland ist das russisch-französische Bündnis, das die Kraft des angeblichen Protektors des Katholizismus in den Dienst der russisch-asiatischen Politik stellt.“ Nach dem offiziellen Bericht des Festblattes äußerte Weihbischof Dr. Schmitz noch: „Alle Nationen — Engländer, Russen, Franzosen sind den Deutschen weit, sehr weit voraus im heiligen Lande. Es ist nicht allein eine Ehrensache für die deutschen Katholiken, diesen Wettbewerb aufzunehmen und gleiches zu schaffen wie die andern Nationen, sondern es ist ganz besonders ihre Aufgabe, hier thätig zu sein, damit die Propaganda des Protestantismus im heiligen Lande nicht ins Ungestohrene vorgeht, damit im Orient nicht „deutsche“ und „protestantische“ identifiziert wird (Beifall), damit man vielmehr auch dort wisse, daß es katholische Deutsche giebt. (Erneuter, lebhafter Beifall).“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Glas- und Sandhuhnmacher! In der Fabrik von K. B. Fischl hier selbst, Chausseestraße 39, haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, da keine Einigung zu erreichen war. Die gesamte Kollegenliste wird ersucht, jeden Zugang streng fernzuhalten. Die Arbeiterblätter, besonders die des Auslandes, werden um Abdruck gebeten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Im Hamburger Väterstreik ist die Vermittlung des National-sozialen Vereins bekanntlich von den Väter-Innungen brüskl zurückgewiesen worden. In dem Organ der National-Sozialen, der „Hilfe“, wird darauf geantwortet: „Was sollen wir nun thun? Was anders, als mit aller Energie jetzt für die Forderungen der Vätergesellschaft um Abschaffung von Kost und Logis eintreten! Die Herren vom Arbeitgeberverband wollen die Sache zur Nachtfrage machen; mögen sie es thun, sorgen wir aber an unserm Theile dafür, daß die um ihre sittliche und materielle Hebung kämpfenden Vätergesellschaft zum Siege gelangen. Darum sei die Losung: Eßt kein bohntorirtes Brot!“

Die Drechsler Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: neunstündige Arbeitszeit, 40 Pf. Mindest-Stundenlohn (bei Akkordarbeit soll dieser Verdienst gewährleistet werden), 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden und 50 pCt. Zuschlag für Sonntagsarbeit.

Der Seemannsstreik im bremischen Gebiete ist beendet. Die Abeder machten befriedigende Zugeständnisse. Eine Versammlung der Seeleute nahm eine Resolution an, worin den Abedern „für ihr gütiges Entgegenkommen“ Dank gesagt wird. Es ist erfreulich, daß die bremischen Abeder aus dem großen Hafenarbeiterstreik die Lehre geschöpft haben, daß es gescheiter ist, sich mit den Arbeitern zu einigen, als es auf einen langwierigen Kampf ankommen zu lassen.

Aus Dresden. Der hiesige, 1400 Mitglieder zählende Holzarbeiter-Verband hat die den seitherigen gesellschaftlichen Zuständen Rechnung tragende Form der Einzelmitgliedschaft beibehalten und eine festgegliederte Zahlstelle mit selbständiger Verwaltung errichtet. Den zur Zeit noch bestehenden Lokalvereinen der einzelnen Berufsgruppen des Verbandes wurde empfohlen, sich aufzulösen. An ihrer Stelle sollen Berufssektionen des Verbandes treten, um so die Agitation in den einzelnen Berufen in englischer Färbung mit dem Verbands- und für diesen betreiben zu können.

In Mannheim haben sich die dem Brauerei-Ring angehörenden Firmen bei 20 000 M. Konventionalstrafe verpflichtet, im Kampfe mit den Arbeitern dem Dinge treu zu bleiben. Nach einer Entscheidung des Landgerichts Mannheim im Jahre 1891 (Zimmererstreik) und einer neuerlichen Entscheidung des hiesigen Oberlandesgerichts (in Sachen der Bäderinnung gegen einen Meister) wurden derartige Verabredungen, als gegen die guten Sitten verstoßend und den §§ 162 und 163 der Gewerbe-Ordnung widersprechend, als ungültig verworfen und die Kläger in die Kosten verurtheilt.

Soziales.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Verfertiger Deutschlands „Hoffnung“ (S. 6.) in Berlin ist vom Reichsanwalt von neuem die Verschleimung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Arbeiter-Risiko. Aus Paris wird telegraphirt: In einem hiesigen Stahlwerk, welches 2000 Arbeiter beschäftigt, entstand am 24. August ein heftiges Unglück, indem ein mit flüssigem Stahl angefüllter Behälter umstürzte. Sechs Personen wurden dadurch getödtet, vier schwer verwundet.

Das „Oberbergsche Tageblatt“ schreibt: Am vorigen Sonnabend Nachmittag ist die der Warschauer Kommerzbank gehörige Steinlohlengrube Kazimir bei Riemch unweit Granica plötzlich überschwemmt worden, während sich gegen 400 Bergleute in der Grube befanden. Die Ursache der Katastrophe ist darin zu suchen, daß die Pumpvorrichtungen der wasserreichen Kohlengrube versagten. Die näheren Umstände werden streng geheim gehalten.

lassen; selbst die Kommandite der hiesigen Warschauer Kommerzbank in Sosnowice will nicht einmal von dem ungefähren Umfang des Unglücks in Kenntniß sein. Von anderer zuverlässiger Seite wird behauptet, daß gegen 300 Bergleute in der erschlossenen Grube umgekommen sein sollen. Wir befinden uns trotz aller angewandten Vermuthungen nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Gerüchte begründet sind; daß aber die Zahl der Verunglückten eine hohe sein muß, erhellt aus der Thatsache, daß in den umliegenden Orten eine erhebliche Anzahl von Särgen bestellt worden ist. — In Rußland werden der Bevölkerung selbst solche Nachrichten verschwiegen.

Die Notheisen-Produktion im deutschen Zollgebiete hat sich seit der ersten Hälfte des vorigen Jahres von 3 911 357 Tonnen auf 4 219 925 Tonnen am Ende des Monats Juli dieses Jahres gehoben.

Wie der Profetarier stirbt. Aus Dithmarschen, wo nach bürgerlicher Geschichtslegende eine Leibeigenschaft oder Hörigkeit geherrscht hat, wird uns zur Illustration dafür, wie sich unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch in Niederachsen das Gefühl der Achtung vor der Persönlichkeit „entwikkelt“ hat, folgendes berichtet. In Hennisstedt bei Iphoe kam vorige Woche während der großen Hitze ein Arbeiter namens Schröder an, welcher in Glindstadt beim Steinlohlen beschäftigt gewesen und mit seinen Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt hatte. Schröder besah nicht die Mittel zur Eisenbahnfahrt und mußte den Weg von Glindstadt nach Hennisstedt, eine gute Tagesreise, auf sonnenbeschulter Chaussee zu Fuß zurücklegen. In der Nähe von Hennisstedt fand er schließlich Beschäftigung bei den Ernte-Arbeitern. Er mußte bis mindestens 40 Grad Celsius auf den Stoppelfeldern das ausgedroschene Stroh zu Diemen zusammenpacken. Ein Diemen war schließlich so hoch geworden, daß Schröder keine Getränke mehr hinaufgerichtet werden konnten und er bei der sengenden Hitze fürchtbar an Durst zu leiden hatte. Schließlich kam ein Mitarbeiter auf den Gedanken, eine Flasche mit Buttermilch an eine lange Stange zu binden und sie seinem Kameraden zuzureichen. Nach Beendigung dieser Arbeit wurde Schröder an der Dreifachmaschine beschäftigt, wo er nach kurzer Zeit betriebslos zusammenbrach. Da der betreffende Bauer, bei welchem das Getreide ausgedroschen wurde, den Schröder in sein Haus nicht aufnehmen wollte, mußte der Verunglückte zirka 8 Stunden im Chaussee Graben zubringen, ohne jegliche Hilfeleistung. Erst am späten Abend legte man ihn auf einen Wagen und fuhr ihn nach Hennisstedt ins Armenhaus. Der Armenarzt von Hennisstedt konnte bei seinem Erscheinen nur noch den Tod des Schröder konstatieren. Bemerkenswert ist noch, daß an demselben Tag, Dienstag voriger Woche, an dem Schröder umkam, zehn Mitarbeiter Schröder's von der Hitze berathig mitgenommen wurden, daß sie die Arbeit einstellen mußten. Einige Tage später begaben sich der Sohn des Verstorbenen und zwei Brüder desselben, die in Iphoe wohnhaft sind, nach Hennisstedt, um ihren Vater resp. Bruder noch einmal zu sehen. Nach langem Jögern wurde ihnen im Armenhause der Sarg geöffnet. Doch welche schauerliche Anblick bot sich ihnen dar! In den von Staub beschmutzten Kleidern und Stiefeln lag der Tote in der Sarge. Nicht einmal von Staub und Schmutz war die Leiche gereinigt. Ja, es stellte sich heraus, daß bei dem Unfall auch nicht die primitivste Hilfe geleistet worden war, das Hemd nebst der übrigen Kleidung war noch zugeknöpft. Die genannten drei Verwandten versicherten einstimmig, ihren Vater resp. Bruder nicht mehr an den Gesichtszügen, sondern bloß an seinen krausen Haaren erkannt zu haben. Wie wir ferner erfahren, war bis zur Vererdigung der Unfall des Schröder noch nicht bei der Behörde angemeldet. Als der Maschinenmeister, bei welchem Schröder in Arbeit stand, von den Angehörigen des Verstorbenen darüber zur Rede gestellt wurde, meinte er, dazu sei noch lange Zeit; wenn dies in 5 oder 6 Tagen geschehe, sei es auch noch früh genug. Damit schließt die Tragödie. Man sieht: ob im industriellen Massenbetrieb eines Königs Stumm oder auf der Scholle des Friesenbauern — in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird die Menschenwürde genau so hoch taxirt, wie die „ewigen“ Gesetze des Waarenmarktes sie notiren.

Genossenschaftswesen. In Lüdenscheid besteht bei der Firma B. C. Rüdiger seit 1894 eine Genossenschaft des Personals, die damals 93 und Ende des vorigen Jahres 815 Mitglieder zählte. Diese Fabrikgenossenschaft hat einen Spar-, einen Konsum- und einen Bauverein gebildet. Der Reinertrag aus dem Waarenverkauf betrug Ende des vorigen Jahres 13 674 M., die Dividende auf je 1 M. der entnommenen Baaren 11 Pf. Der Jinsenertrag der Mitglieder-Guthaben betrug zu demselben Zeitpunkt 12 756 M. und das Gesamtvermögen der Genossenschaft 302 275 M. An die Mitglieder sind bis Ende des vorigen Jahres in Beziehung auf die Wohnhäuser als Kaufgelber und zur Schuldentilgung 625 000 M. ausgezahlt worden. An dem Gesamtguthaben der Genossenschaft waren beteiligt 122 Mitglieder mit Beträgen bis zu 30 M., 119 mit Beträgen von 30—75 M., 139 mit Beträgen von 75—150 M., 183 mit Beträgen von 150—300 M., 75 mit Beträgen von 300—450 M., 44 mit Beträgen von 450—600 M., 51 mit Beträgen von 600 bis 900 M., 38 mit Beträgen von 900—1500 M., 21 mit Beträgen von 1500—2100 M., 13 mit Beträgen von 2100—3000 M., 8 mit Beträgen von 3000—4000 M., 1 mit einem Betrage von 4000—5000 M. und 8 mit Beträgen von 5000—6000 M.

Das finanzielle Ergebnis dieser Fabrikgenossenschaft entloht nun dem „Reichs-Anzeiger“ den Ausruf: „Das Vertrauen und Arbeiterpersonal aller gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Großbetriebe sollte sich zu Genossenschaften vereinigen, um sich nicht nur die Produktion, sondern vor allem auch die Konsumtion und das häusliche Sparen, Wohnen und Wirtschaften zu erleichtern.“

Bekanntlich streben die Regierungen, namentlich die preussische und sächsische, den Arbeitergenossenschaften nichts weniger als feindlich gegenüber. Um so interessanter ist die Verurteilung des „Reichs-Anzeigers“, die sich vorsichtigerweise allerdings nur auf Fabrikgenossenschaften bezieht, aber natürlicherweise auch für die sonstigen Konsumgenossenschaften der Arbeiter ins Feld geführt werden kann.

Änderungen in den Löhnen und Arbeitsstunden in England. Der fünfte Jahresbericht, den die Regierung über diesen Gegenstand soeben veröffentlicht hat, stellt, wie die „Labour Gazette“ mittheilt, fest, daß im großen und ganzen die Löhnsätze von Jahr zu Jahr sehr abhängig sind und daß der Reinertrag aller Veränderungen im Jahre 1897 oder einem der vorhergehenden Jahre 1893 bis 1896, wenn über die ganze lohnarbeitende Bevölkerung vertheilt, eine kaum merkbare Veränderung in der Durchschnittshöhe der Löhne bewirken würde. 1897 war gleichwohl wie 1896 ein Jahr steigender Löhne; alle Hauptzweige der Industrie nahmen daran mehr oder weniger Theil. Das Reinergebnis all der amtlich verzeichneten Veränderungen war eine Erhöhung von rund 45 000 Pfund (900 000 M.) wöchentlich, wovon der größere Theil den Arbeitern in Maschinen- und Schiffbau, in den Bergwerken und im Baugewerbe zu gute kam. Was dagegen die Arbeitszeit betrifft, so ist das Jahr 1897 bemerkenswerth wegen der großen Zahl der Fälle von Verkürzung der Arbeitszeit und wegen des sattsamen Durchschnittsbetrages in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Die meisten dieser Verminderungen hatten keine entsprechende Lohnverringerung zur Folge, ja in einigen Fällen, besonders im Baugewerbe, ging Hand in Hand mit der Verkürzung der Arbeitszeit sogar eine Lohn-erhöhung. Die Festsetzung von Lohn- und Arbeitszeitveränderungen wurde überwiegend im Wege gegenseitiger Vereinbarungen zwischen den beteiligten Parteien erzielt; ein sehr großer Prozentsatz der Veränderungen wurde ohne Streik erreicht. Das gleiche Heft der „Labour Gazette“ berichtet, daß im vergangenen Juli Lohnänderungen für 95 000 Arbeiter dem Arbeitsamt gemeldet worden sind, 94 000 erreichten eine Verbesserung, 1000 erfuhren eine Verringerung des Lohnes. Hauptächlich traten Erhöhungen in der Metallverarbeitung, im Maschinen- und Schiffbau ein. Das Ergebnis war eine durchschnittliche Steigerung des

Lohnes um 1 Schilling 1/2 Pence (1,20 M.) pro Kopf und Woche der beteiligten Arbeiter. Nur bei 3 pCt. der Arbeiterzahl gingen Streiks vorher; Änderungen, von denen 20 000 Arbeiter betroffen wurden, fanden auf grund gleitender Lohnsätze statt, und bei 3900 Arbeitern traten Einigungsverfahren und Sättelsprüche in Kraft. Die große Mehrzahl der beteiligten Arbeiter (68 200) erreichte die Lohnaufbesserung durch direkte Verhandlung zwischen Unternehmern und Arbeitern oder deren Vertretern.

Spanien und Amerika.

Die Entlassung der amerikanischen Milizen wird mit der größten Beschleunigung betrieben. Zwölf Regimenter, darunter neun Infanterie-Regimenter, ist bereits die Mittheilung über die bevorstehende Auflösung zugegangen. Die kubanische Junta unterstützt nach Kräften die Amerikaner in ihrem Vorgehen, die Kubaner zu entlassen.

Durch den Erzbischof von Orelana hat Präsident Mac Kinley dem Papste die Mittheilung zugehen lassen, daß der katholischen Kirche auf Cuba alle Rechte und Güter gelassen werden sollen.

Aus Madrid wird über die spanischen Gegenforderungen betreffs Cuba's gemeldet: Nach halbamtlichen Mittheilungen wird die spanische Regierung den Werth der öffentlichen Gebäude und deren Einrichtung, welche sich in verschiedenen Provinzen befinden, und deren unentgeltliche Auslieferung in dem vorläufigen Friedensvertrage nicht bedingt ist, auf 120 Mill. Peseten berechnen. Desgleichen wird eine größere Entschädigung für diejenigen spanischen Staatsangehörigen verlangt werden, deren Pflanzungen von den Aufständischen vernichtet wurden; ebenso eine Entschädigung für die Verpflegung der in Spanien gefangen gehaltenen Kubaner. Diese Gegenforderungen wird Spanien besonders in dem Falle geltend machen, daß die nordamerikanische Regierung darauf bestehen sollte, die kubanische Schuld auf Spanien abzuwälzen.

Laus Regierungsbeschluss werden die am 5. September zwecks Ratifizierung der Friedensbedingungen zusammentretenden Cortes vierzehn Sitzungen abhalten. Es werden bekannte Parteiführer in Madrid eintreffen, um an der Debatte theilzunehmen.

Die Gegenforderungen der Spanier werden kaum irgendwelchen Erfolg haben. Der spanische Kriegsminister Corcera erklärte auf eine Frage, welche Institutionen dem General Blanco hinsichtlich der Bekämpfung der Aufständischen erteilt worden seien, er, der Minister, habe die Generalkapitane auf Cuba und den Philippinen nur angewiesen, sich mit den Amerikanern ins Einvernehmen zu setzen. Wenn es aber den Amerikanern nicht gelinge, die Aufständischen dahin zu bringen, Achtung vor dem Waffenstillstand zu haben, so müßten die Generalkapitane jedweden Angriff auf die spanischen Truppen mit Waffengewalt zurückweisen.

Man erwartet in Madrid allgemein die Haltung der Karlisten, welche sich unter falschen Namen auf die Liste der zusammenberufenen Abgeordneten stellen lassen. Man will daraus erfahren, daß die Karlisten bei der Disjunktion über die Friedensverhandlungen gewaltige Opposition zu machen beabsichtigen.

Die Kosten des Krieges. Der Madrider Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ schreibt seinem Blatte: Der Krieg hat den Spaniern bis jetzt 200 Millionen gekostet. Noch schlimmer aber ist der Verlust an Menschenleben. Die Augen haben allerdings nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag dazu geleistet; von den nach Cuba geschickten 200 000 Mann sind nur 2 Generale, 70 Offiziere und 1400 Mann gefallen, während ein General, 85 Offiziere und 750 Mann ihren Wunden später erlagen und 465 Offiziere und 8200 Mann wieder geheilt wurden. Um so entsetzlicher haben aber die Krankheiten gewüthet. Am gelben Fieber sind nach den amtlichen Angaben 850 Offiziere und 18 500 Mann gestorben; an anderen „Krankheiten“ (wahrscheinlich den Folgen schlechter Ernährung) 130 Offiziere und 40 000 Mann. Ich halte diese Statistik für mangelhaft und glaube, daß mindestens 100 000 Mann dahingerafft worden sind.

Aus Corunna wird über den Gesundheitszustand der heimbekehrten Truppen gemeldet: Der Dampfer „Alcanta“ mit den ersten aus Santiago in die Heimat zurückgekehrten Soldaten an Bord ist hier eingetroffen. In der Landungsstelle erwarteten denselben eine große Volksmenge und die Jibil- und Militärbehörden. Die Menge wurde an dem Betreten des Schiffes gehindert, weil man die Möglichkeit der Ansteckung durch Fiebertrankte fürchtete. Einige der Kranken werden sogleich in das Lazareth gebracht und unter Quarantäne gehalten werden, andere gehen auf 5 Tage an Bord der Hospitalsschiffe, den Gesunden wird der Eintritt in die Stadt gewährt.

Während der Ueberfahrt ist kein Fall von gelbem Fieber vorgekommen, dagegen 60 Todesfälle an gewöhnlichen Krankheiten.

Da hier an Bord der „Alcanta“ vier Soldaten gestorben sind, so haben die Ärzte in Erwägung gezogen, ob alle Heimgekommenen einer Quarantäne unterworfen werden sollen. — Nach den Aeußerungen einiger Offiziere war Santiago im Augenblick der Uebergabe mit Lebensmitteln und Munition versehen.

Aus Manila liegen folgende Depeschen vor: Die Führer der Aufständischen erklären nachdrücklich, sie seien Willens, mit den Amerikanern zusammen zu gehen und würden sofort die Waffen strecken, wenn sie Gewißheit hätten, daß die Philippinen amerikanische oder britische Kolonie oder Schutzgebiet werden. Andernfalls würden sie sich durchaus weigern, die Waffen niederzulegen und würden einen neuen Aufstand innerhalb eines Monats erregen, wenn die Amerikaner sich zurückziehen sollten. Die Spanier scheuen sich, in neue Unternehmungen sich einzulassen wegen der Unsicherheit der Lage. Die geistlichen Orden führen den Widerstand gegen jede Aenderung des alten Regimes.

Wie aus Washington gemeldet wird, werden die Vereinigten Staaten nur die Abtretung des Hafens und der Stadt Manila fordern. Für den übrigen Theil der Philippinen werden die Amerikaner besondere Handelsvorteile von den Spaniern verlangen. Zwei amerikanische Transportschiffe mit Truppen sind in den Hafen von Manila eingelaufen.

General Rios, der Gouverneur der **Bisayas-Inseln**, berichtet über neue blutige Kämpfe mit den Insurgenten, von denen 500 getödtet oder verwundet worden seien; die Verluste der Spanier seien geringfügig. General Rios habe aus Eingeborenen und Spaniern sechs Bataillone gebildet, welche einen Einfall der Aufständischen von Luzon her verhindern sollen; auch habe er ein kleines Geschwader gebildet zur Ueberwachung der Küsten und der Flussmündungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 25. August. (S. 6.) Heute ist hier und in ganz Oesterreich Regenwetter eingetreten, nachdem in den letzten Tagen eine tropische Hitze geherrscht hatte.

Naab, 25. August. (S. 7.) Dreihundert Arbeiter der hiesigen Waggonfabrik stellten wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit ein.

Leipzig, 25. August. (S. 6.) Eine große Feuersbrunst äscherte in der Stadt Baranow 200 Häuser ein.

Paris, 25. August. (S. 7.) Das Urtheil des Untersuchungsgerichts gegen Esterhazy ist noch nicht gefällt. Der Gerichtshof wird morgen nochmals zusammentreten, um noch andere Zeugen zu verhören, vor allem Tölgas, den Verteidiger Esterhazy's.

Paris, 25. August. (S. 7.) Der Untersuchungsrichter Fabre hat den Beschluss erlassen, daß Oberst Biquart und Advokat Leblois vor das Justizpolizeigericht zu stellen sind. Biquart wird als Hauptthäter, Leblois als Mithuldiger angeklagt werden.

New-York, 25. August. (S. 7.) Der dänische Dampfer „Korje“ stieß am 20. d. Mts. zwischen 4 und 5 Uhr morgens bei dem Grand Banks mit dem französischen, in Banone behermatheten Fisch-Schooner „La Coquette“ zusammen. Es herrschte Nebel, jedoch war derselbe nicht so dicht, daß für den Dampfer einer Verringerung der Fahrgeschwindigkeit hätte eintreten müssen. „La Coquette“ sank fast unmittelbar. Der Kapitän und 8 Mann konnten sich retten, 16 Mann der Besatzung ertranken.

Etwas von der Zusammensetzung des Reichstags.

Wer sitzt im neuen Reichstag? Diese Frage ist bisher nur sehr dürftig beantwortet worden. Schon jetzt, wenige Wochen nach der Wahl, ist das heute in alle Winde zerstreute Parlament festgesetzt und dauernd bei einander in Joseph Kürschner's handlichem kleinen Reichstagsbuch „Der neue Reichstag“ (Leipzig, G. J. Göschen, Preis 50 Pf.), das mit „Fizigkeit“, den Schwierigkeiten der Materialerlangung zum Trost, den Wahlergebnissen auf dem Fuße folgt. Wir theilen heute einiges aus dem ersten Theile unserer Lesern mit, das ohne Zweifel von allgemeinstem Interesse ist. Der Alterspräsident ist Christ. Diederich (geb. 1810, 1890 war es Graf Nolte, geb. 1800), ein Vertreter der Sozialdemokratie verdient sich wiederum den Preis der Jugendlichkeit, Rosenow. Ihrer Geburt nach sind 14 Mitglieder 48er. Unter den Konfessionen stehen die Protestanten mit 210 obenan, die in allen Fraktionen, ausgenommen der polnischen, vertreten sind, während die Katholiken, 141 Mann stark, keine Vertreter haben bei den Dänen, der freisinnigen Volkspartei, Deutschen Reformpartei, konservativen, Süddeutschen Volkspartei, Reichspartei und den Welsen. Jüdischen Glaubens sind 4 Vollvertreter, sämtlich bei den Sozialdemokraten, von denen sich 29 als konfessionslos bezeichnen. Etwa ein Fünftel aller Abgeordneten sind adeliger Abstammung, nämlich 88 gegen 102 im Jahre 1893 und 126 im Jahre 1890. Wie sich die Verufe vertheilen, wird bis zur Herausgabe des amtlichen Reichstags-Handbuchs am besten aus Joseph Kürschner's instruktiver Tabelle ersichtlich, die wir nachstehend folgen lassen:

Table with columns: B. Beruf bzw. Stellung, and various categories of professions and social classes. Includes Agent, Amtsgerichtsrath, Amtsrath, etc.

Man sieht, Kürschner hat auch diesmal sein altes Talent bewahrt, zeitgemäß zu sein und den Nagel auf den Kopf zu treffen. 1893 haben seine Erfolge auch andere nicht ruhen lassen, die sich seine Idee zu nütze machten. Das Publikum aber hat im Besitz eines so trefflichen Werkes nicht zu einem Surrogat greifen wollen und so erstand wieder einzig in seiner Art der schwarz-weiß-rotte Buchzweig, der sich fast ohne Ausnahme der Unterstützung aller Reichstags-Mitglieder erfreute.

Fünfter Verbandstag des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes Deutschlands.

Mannheim, 24. August. Im Anschluß an den Schneiderkongreß wurde heute Vormittag durch den Verbandsvorsitzenden Holzhäuser der fünfte Verbandstag des Schneider-Verbandes eröffnet. Es sind 25 Delegirte, zwei Vertreter des Vorstandes, einer des Ausschusses und einer der Fachpresse anwesend. Aus dem Kassenericht geht hervor, daß in den beiden Geschäftsjahren 1896/97 und 1897/98 die Gesamteinnahmen sich auf 156 480,16 M. und die Ausgaben auf 106 734,96 M. beliefen, so daß sich ein Vorratbestand von 49 745,20 M. ergibt. Die hauptsächlichsten Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Reise-Unterstützungen 18 062 M., Fachzeitung 25 865 M., Agitation 2464 M., Verbandstags- und Gewerkschaftskongreß-Kosten 3301 M., Streikunterstützungen 9577 M., Gehälter und Entschädigungen 5206 M.

Der Bericht des Vorstandes besagt, daß der Verband an 22 Orten ca. 10 000 Mitglieder zählt. Der Vorstand hat die Scheuchlichkeiten und Mißstände in der Konfektionsbranche durch Timm-Berlin (jetzt in München) in einer Broschüre „Die Konfektionsindustrie und ihre Arbeiter“ behandeln lassen. Die mündliche Agitation betrieben im Auftrage des Vorstandes Frau Steinbach, Frau Kähler, Wandsbeck und die Herren Stähler, Sabath, Timm, Holzhäuser, Trilse, Walthers und Fahrenkamp. Doch ist der Vorstand der Ansicht, daß größere Agitationstouren die erhofften Erfolge nicht gebracht haben und daß die Agitation am Orte selbst mit größerem Nachdruck betrieben werden müsse. Größere Arbeitseinstellungen kamen in den beiden Berichtsjahren nicht vor. Hingegen erzielten die Organisationen in Bremerhaven, Bad Reichenhall, Ulm, Forst, Mannheim und einigen anderen Orten Erfolge auf dem Wege gütlicher Vereinbarung. Für die Hamburger Hafenarbeiter und die englischen Maschinenbauer wurden aus der Verbandskasse je 1500 M. bewilligt.

Den Rest der vormittägigen Verhandlungen füllten kleine Verhandlungen und Wünsche verschiedener Bezirksvertrauensmänner aus. Die Nachmittags Sitzung fiel aus.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Neubau eines Rathhauses auf dem Gebiete des Central-Bischhofs hat heute unter Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Schwalbe und in Anwesenheit des Magistratskommissars, Stadtraths Hübler, des Stadt-Verwaltungs-Bauraths Lindemann beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, bei der Rathsanlage dem Annominalsystem den Vorzug zu geben und die Lieferung der Eisbereitungs-Maschine (welche ein Objekt von nahezu 300 000 M. repräsentirt) der Kottbuser Maschinenfabrik „Alliengemeinschaft Kottbus“ zu übertragen.

Kokales.

Der Wahlverein des dritten Kreises unternimmt am Sonntag, den 28. August, einen Familienausflug nach der „Herdebusch“ bei Köpenick. Da der Verein in diesem Jahre von einer Kassenleiterin Abstand genommen hat, so werden die Mitglieder ersucht, mit ihren Familien sich rege an dieser Veranstaltung zu betheiligen. Der Vorstand.

Freie Volkshöhle. Der Andrang zu den beiden ersten Abtheilungen des Vereins ist derartig, daß den Mitgliedern des Vereins in Erinnerung gebracht werden muß, daß jede Abtheilung ihre Mitgliederzahl den im Theater verwendbaren Plätzen anpassen muß, um eine Ueberfüllung des Theaters zu vermeiden. Im eigenen Interesse der Mitglieder liegt es daher, wenn sie sich in ihrem Kunstgenusse nicht beeinträchtigen wollen, daß sie den übrigen Abtheilungen neue Mitglieder zuführen, welche nicht gefüllt sind, beziehungsweise neu gebildet werden. Der Vorstand des Vereins ist bestrebt, nach Möglichkeit den Wünschen neuereitretender Mitglieder Rechnung zu tragen, jedoch können unmöglich alle die dringlichen Aufnahmeersuchen für die erste und zweite Abtheilung berücksichtigt werden. Ganz besonders sei darauf hingewiesen, daß auch in der neuen Saison besonderer Werth darauf gelegt wird, sämtliche 5 oder 6 Vorstellungen einer Serie mit gleicher Sorgfalt unter der artistischen Leitung des Oberregisseurs Herrn Steinert vom Lessing-Theater und unter Mitwirkung einer größeren Anzahl erster schauspielerischer Kräfte zur Darstellung zu bringen. Also liegt in der Angehörigkeit späterer Abtheilungen kein Nachtheil, im Gegentheil werden in diesen Abtheilungen etwaige Fehler der Premieren-Vorstellung vermieden werden können, nachdem die Kritik eingeleitet hat. Neu eintretende Mitglieder wollen daher ihre Beitrittserklärung baldigst in einer Zahlstelle gegen Hinterlegung ihres Eintrittsgeldes von 65 Pf. und eines Monatsbeitrags abgeben, ohne auf die ersten Abtheilungen bestimmt zu reflektiren. Die Zuweisung in eine Abtheilung sowie die Aufnahme in den Verein erfolgt durch den Vorstand, nicht durch die Zahlstelleninhaber. Die Mitgliedsliste wird bei rechtzeitiger Meldung drei Tage vor der Vorstellung spätestens in der Zahlstelle ausgehändigt. Der Gesamttauschschein bestimmte als erstes Stück im Lessing-Theater José Cegaran's „Galeotto“, ein Drama in 4 Aufzügen. Die Vorstellungen der I., II., III., IV. und V. Abtheilungen folgen am 4., 11., 18., 25. September und 2. Oktober Sonntags nachmittags 2 1/2 Uhr. Personen unter 16 Jahren dürfen nicht Mitglieder des Vereins werden, da diese Bestimmungen eine der Grundbedingungen der Behörde ist, dem Verein zensurfreie Aufführungen (siehe heutiges Inserat) zu gestatten. Der Vorstand. Im Auftrage: G. Winkler.

Die Vorstände der Berliner Orts-Arbeitskassen haben zu heute Abend in der Ressource, Kommandantenstr. 57, eine Versammlung einberufen, in der zu der vom preussischen Handelsminister erlassenen Verfügung vom 9. Juli 1898 genommen werden soll.

Wohlfahrts-Einrichtungen. Das sind Dinge, mit welchen unsere Großindustriellen gern spielen und nicht selten muß man die Erfahrung machen, daß solche Einrichtungen keinem anderen Beweggrund ihr Dasein verdanken als dem, der erlauteten Mittelweil zu zeigen, was für ein wohlwollender, humaner Arbeitgeber doch der Herr Kommerzienrath K. J. ist. Dabei wird natürlich ein geschäftsmäßiger Unternehmer es verheihen, seine Wohlfahrts-Einrichtungen so zu gestalten, daß sie ihm weit mehr von Nutzen sind, als den mit diesen Wohlthaten überhäufeten Arbeitern. Sieht man sich nur in den Betrieben solcher Großkapitalisten um, dann findet man nicht selten an allen Ecken und Enden Mängel der schwersten Art, die oft mit sehr geringen Kosten beseitigt werden können. Aber sonderbar, gerade hier zeigt sich eine Sparfamkeit, ein so geringes Entgegenkommen den Wünschen der Arbeiter gegenüber, daß man schwerlich ein Uebereinstimmen mit der sonst zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit finden wird. Gerade in den

letzten Tagen hatten wir Gelegenheit, darzulegen, wie in einigen größeren Fabriken in anbeachtlicher der überaus hohen Temperatur alle und jede Erleichterung für die Arbeiter fehlte. Weber Wasch-Einrichtungen, noch Trinkwasser waren in genügender Weise vorhanden; an Ventilation und Räumen zum Einnehmen des Mittagmahles fehlte es gänzlich; und wagt ein Arbeiter, solche Dinge zu fordern, dann hat er zu erwarten, daß er hinausgeworfen wird, wie es der Bericht aus einer großen Teppichfabrik melden konnte.

Vor einigen Tagen erhielten wir eine Zuschrift, die lebhaft Klage führt über einen bei der Hitze unerträglichem Uebelstand in dem Etablissement der Firma Siemens u. Halske in Charlottenburg. Bei der großen Hitze hatten die Arbeiter, welche auf der Galerie beschäftigt sind, schwer zu leiden, da die Leute unter dem Glasdach ohne jeden Schutz vor den sengenden Sonnenstrahlen arbeiten mußten. Hauptsächlich in dem Neubau, wo auf einer Seite die Dreherei, auf der anderen Seite die Werkzeugabtheilung untergebracht ist, sind die Arbeiter am schlimmsten daran.

Die Fenster am Dach des Neubaus sind viel weiter als wie im alten Bau, aber an eine Ventilation oder eine Gelegenheit, die Fenster zu öffnen, daran haben die Herren beim Bau nicht gedacht. So müssen die Schlosser und Dreher den Dunst auf der Galerie, welcher von unten heraufzieht, von früh bis abends einathmen. Allerdings sind an den Seitenwänden einige kleine Fensterflügel geöffnet. Diese müssen aber zum Feierabend geschlossen werden und öffnen sich erst wieder früh beim Beginn der Arbeit. Blieben sie während der Nacht offen, so könnte der Dunst hinausziehen.

Wenn nun wenigstens die Herren Rücksicht nähmen und bei der jetzigen Jahreszeit die Ueberstunden-Arbeit einstellen würden. Daran ist aber gar nicht zu denken. Zu verwundern ist es, wie die Direktion der Westsima die Zustände in der Werkzeugabtheilung mit-ansehen laßt. Dort haben die Schlosser von einem Eisenträger zum anderen Bindfaden gezogen und darauf die Kupplungen gehängt, um sich einermachen vor den einfallenden Sonnenstrahlen zu schützen. Diese Abtheilung sieht einem Trockenboden ähnlicher, als einer Werkzeugabtheilung. Die Arbeiter haben schon seit Jahren verlangt, daß etwas gethan wird zum Schutz gegen diese sengende Gluth, bis jetzt leider vergeblich.

Wenn man bedenkt, daß die Beseitigung dieses gewiß schwer empfundenen Uebelstandes mit nur geringen Kosten verknüpft ist, so sollte man nicht annehmen, daß in einem so großen Betrieb erfolglos die Beseitigung desselben angestrebt werden könnte. Das es aber dennoch so ist, beweist die Schänderung unseres Eingangs.

In jeder Familie ein Sparkassenbuch. — das ist das Ideal aller derjenigen, die da meinen, der Arbeiter werde sich gleich von den auf Besserung seiner wirtschaftlichen Lage gerichteten Bestrebungen ablenken lassen, wenn er nur erst ein Kapitalchen von ein paar hundert Mark als Rothgroschen auf der Sparkasse hat. In jeder Familie ein Sparkassenbuch, und die Arbeiterklasse wendet ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen den Rücken, — auf jeden Haushalt ein kleines Sparkonto, und der Staat ist gerettet! Nun, in Berlin soll ja dieses Ideal, von dem sich die Freunde der Sparkasse als einer staatsrettenden Anstalt so großes versprechen, bereits nahezu erreicht sein. Unsere Leser glauben das nicht? — Ja, aber der Berliner Magistrat glaubt es! — In seinem eben erschienenen Haupt-Verwaltungsbericht pro 1896/97 weist er in dem Abschnitt über die städtische Sparkasse darauf hin, daß Ende März 1897 577 064 Sparbücher mit einem Guthaben von zusammen 194 871 293 M. vorhanden waren. (Zwischen ist bis Ende März 1898 die Zahl der Bücher auf 608 888 und das Guthaben der Sparer auf 210 263 568 M. gestiegen.) Die überaus große Anzahl der in der Sparkasse bestehenden Sparkonten, bemerkt hierzu der Bericht, berechtigt zu der Vermuthung, daß fast in jeder Berliner Familie ein Sparbuch existirt; um dieses Buch gruppirt sich nicht selten gewissermaßen als Familienkassette das Interesse der Familienmitglieder, die durch Hinzutreten ihrer Spargroschen darauf bedacht sind, das Guthaben zu vergrößern. Gar mancher unserer Leser, mancher von früh bis spät arbeitende, sich für die Seinen redlich abmühende Familienvater, wird sich hier erstaunt umsehen und fragen: „Wo ist denn dein Familienkassette?“ Ach, leider liegt die Sache ganz anders, als ein hochwohlbühlicher Magistrat unserer Haupt- und Residenzstadt sie sich denkt, leider trifft es durchaus nicht zu, daß in Berlin fast jede Familie ihr Sparbuch hätte, — trotz der über 600 000 Bücher, die die Sparkasse jetzt bereits in ihren Registern führt. Für viele Familien langt der geringe Lohn, den der Vater heimbringt, und der bescheidene Zuschuß, den die Mutter dazu verdienen kann, kaum zum Leben, geschweige zum Sparen. Wohl aber giebt es Familien, in denen zwei, drei und mehr Sparkassenbücher zu finden sind. Kamentlich in den mittleren Bevölkerungsschichten ist es vielfach Sitte, womöglich für jedes Familienmitglied ein Sparkassenbuch anzulegen. Nur so erklärt sich die große Zahl von Büchern, die den Magistrat zu seiner leider falschen Vermuthung verleitet hat. — Die „verpflichtende“ Kraft des Sparbuches läßt übrigens, nach den bei der städtischen Sparkasse gemachten Erfahrungen, recht viel zu wünschen übrig. Das Interesse, das die Familienmitglieder an ihrem „Familienkassette“ nehmen, führt oft zu Streitigkeiten, namentlich da, wo nur ein Buch existirt, und dabei ist dann, wie der Bericht sagt, jeder Theil bestrebt, das Sparkassenbuch an sich zu bringen, um seinen Sparanteil vorläufig zu sichern. Daher die große Zahl der „vorwiegend von Belehnten“ erhobenen Proteste, durch die der eine den anderen an der Abhebung des Geldes zu hindern sucht. Auch Fälschungen kommen, dem Bericht zufolge, häufig vor, um den Vater, den Ehemann u. s. w. über die ein- oder ausgezahlte Summe zu täuschen. Einem ordnungsliebenden Staatsbürger könnte da fast bange vor der sonst so warm empfundenen Sparerei werden, so daß er lieber darauf verzichtet, durch Schaffung eines so gefährlichen „Familienkassette“ beizutragen.

Am Krögel. Diese laun 4 1/2 Schritt breite und jedenfalls enge Gasse Berlins laßt jetzt viele Maler und Photographen an, da wie es heißt, dieses unverfälschte Stück Alt-Berlin, dicht hinter der Hofmann der Stadtvoigtel am Rollenmarkt gelegen, dem Zahn der Zeit zum Opfer fallen soll. Ueber die Geschichte der Straße sei kurz folgendes mitgetheilt: Der Name „Krögel“ ist wendischer Ursprungs und entstammt dem Worte „Crüwel“, wie die Gasse auch bis zum 14. Jahrhundert genannt wurde, ebenso hieß eine Wucht der Spree unweit Spandau's. Alten Nachrichten zufolge hat die Gasse wie auch früher an der Untersee die Burgstraße zur Entfrachtung der Waarenläufe gedient. Am Krögel befand sich seit Jahrhunderten eine „Wobstube“. Sie war von den wenigen Wobstuden, welche Berlin früher besaß, die älteste und hat als solche bis zum Jahre 1842 bestanden. Zuerst war der Krögel eine Wucht der Spree, die zu einem Kanale eingeschränkt, später aber verhöhet wurde. Dies geschah im 16. Jahrhundert, als es sich darum handelte, die Krögelgasse als Fahrweg einzurichten, um bei Heuersgefahr mit den Wasserkränen zur Spree gelangen zu können. Zu bemerken ist noch, daß an der Stelle, die nun auch bald modernes Leben zeigen wird, die Spree in alter Zeit viel breiter war; sie bildete dort einen kleinen See, den „Spreeleffel“, der nach und nach, besonders bei der Fiehung der Fortifikationsgräben im Jahre 1658 an Umfang sehr verlor. Diefem Umstande haben auch die Häuser der dem Krögel benachbarten Stralauerstraße ihre langen Göße zu verdanken.

Eine große bankliche Umwälzung vollzieht sich augenblicklich am Mühlendamm zwischen der Fischerbade und Fischerstraße. Hier liegt ein im Nordosten von der Spree begrenztes Dreieck, welches am Mühlendamm, auf dem städtischen Grundstück Nr. 39/40, einen zu einem „Garten“ hergerichteten Platz und dahinter eine Menge alter rüchlicher Seitenflügel und Quergebäude der ebenfalls der Stadt Berlin gehörenden Häuser Fischerstraße 37 und 38 enthält. Dieser Komplex von alten Häusern, die zu den ältesten Berlins zu rechnen sind, und dem an dieser Stelle sonst so schönen Straßenbilde erhebliche Abbruch thun, werden jetzt abgebrochen. Auf dem ziemlich umfangreichen Terrain ist bekanntlich

eltens der Stadt der Bau eines neuen Feuerwehdepots und eines neuen Staudenbühnengebäudes geplant.

Ein Ausfahreter, der in der vorigen Woche auf der Charlottenburger Chaussee sein Wesen trieb und jetzt den Rollenborstplatz als Feld seiner Thätigkeit ausgesucht hat, ist die Veranlassung, daß wir mit zahlreichen Zuschriften aus dem Leserkreis überhäuftet werden. Der betreffende Ausfahreter, ein ältlicher Mann, preist eine kleine Wochenschrift mit der geschmacklosen Nebenart an: „Wegen die Spundnäpfe, die Landesverräter Vebel, Singer und Liebnecht.“ Wie wir erfahren, ist der Mann der Verfasser einer von uns schon kurz besprochenen albernem Broschüre „Der kleine Gegen-Rassalle.“ So mangelt es von jedem anständigen Menschen dieses Treiben auch empfinden werden mag, so liegt andererseits kein Grund vor, sich über die Sache aufzuregen. Wir haben es mit einem Geisteskranken zu thun, der seit längerer Zeit entmündigt ist.

In dem Präsidialgebäude des Reichstags wird, wie bekannt, im Oktober der Grundstein gelegt werden. Für diesen Zweck ist das gegenüber der Ostseite des Reichstagsgebäudes am Reichstagsufer gelegene Grundstück angekauft worden. Das Arealum des Reichstags hat in letzter Sitzung vorläufig 750 000 M. bewilligt.

Im Beschleunigung der Einführung von Gasautomaten durch die städtischen Gasanstalten wollen die Hausbesitzer beim Magistrat vorstellig werden. Die englische Gasgesellschaft läßt bekanntlich die Automaten-Einrichtung, sowie die Kochplatten und die gewünschten Beleuchtungskörper auf eigene Kosten herrichten, nur unter der Bedingung, daß diese Einrichtung Eigentum der Gesellschaft bleibt. Die städtischen Gaswerke sollen zu einem ähnlichen Entgegenkommen dem Publikum gegenüber angeregt werden, einmal, um die Gasproduktion und Konsum zu fördern, sodann aber, um auf eine Verminderung der Abfuhrmassen hinzuwirken, die zum überwiegenden Teil aus Asche bestehen und aus diesem Grunde so schwer verbrennbar und so wenig verwertbar sind. Durch umfangreiche Verwendung der Gasheizung würde dieser Uebelstand der Müllabfuhr mindestens stark verringert werden.

Die Störung in dem Betriebe des elektrischen Straßenbahn-Verkehrs, die am Mittwochabend eintrat, ist durch Kurzsichtigkeit herbeigeführt. Der Unfall nahm besonders dadurch eine so große Ausdehnung an, daß die Hauptableitung für die Straßenbahn von beiden elektrischen Zentrallen aus gleichzeitig beschädigt wurde, jedoch sowohl der Verkehr im Süden wie im Norden zu derselben Zeit unterbrochen wurde. Nach Beendigung einiger Reparaturarbeiten wurde um 6 Uhr nachmittags wieder Strom in die Leitungen gegeben, jedoch kam nur auf einzelnen Strecken ein Theil der Wagen in Bewegung. Seitens der Elektrizitätswerke wurden Arbeiter und Ingenieure in Droßeln nach allen Stadtgegenden geschickt und hierbei festgestellt, daß die Leitungen an verschiedenen Stellen beschädigt waren. Erst gegen 9 1/4 Uhr abends waren die Reparaturarbeiten beendet und konnte der Betrieb sodann wieder aufgenommen werden.

Ein Student als Fahrradrunder. Einer der Diebe, welche das kgl. Polizeipräsidium als Stätte ihrer Thätigkeit auswählt haben, ist in der Person eines 23jährigen Studiosus Kaufmann ermittelt worden. Vor mehreren Tagen besuchte der in der Widenallee 88 wohnende Fahrradhändler H. einen ihm befreundeten Verfassergesellen in der Wesselsstraße. In der Werkstatt des letzteren bemerkte Herr H. ein zur Reparatur gegebenes Zweirad, welches er seiner Zeit an einen Kaufmann J. verkauft und das dem letzteren auf dem Hofe des kgl. Polizeipräsidiums gestohlen worden war. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei ermittelte alsbald, daß die Maschine in letzter Zeit wiederholtlich ihren Besitzer gewechselt hat. Sie war seiner Zeit, wie ferner festgestellt wurde, bei einem in der Vilmensstraße wohnenden Trödler verkauft worden. Der Verkäufer, ein junger Mann, hatte sich als ein Studiosus K. legitimirt und angegeben, daß er das Rad verkaufen wolle, weil er zu seinen Eltern reisen müsse und kein Fahrrad besitze. Es gelang der Polizei auch, den Fahrradrunder festzunehmen, der im Verdacht steht, eine größere Anzahl dergleichen Diebstähle verübt zu haben. So nimmt die Behörde an, daß sich K. auch seinerzeit das Rad des Kriminalkommissars W. angeeignet hat, welches von dem letzteren in einem Kellerraum des Polizeipräsidiums untergebracht worden war.

Nicht weniger als 42 Straßenbahnschaffner sollen am vergangenen Sonntag wegen Uebertretung der polizeilichen Bestimmungen betreffs Ueberfüllung der Straßenbahnwagen aufgeföhren worden sein. Jeder Straßenbahnschaffner darf innerhalb zwei Jahren nur zwei Strafmomente wegen Ueberfüllung von Pferdebahnwagen erhalten; findet eine dritte dergleichen Uebertretung statt, so wird dem Schaffner der Fahrschein und damit seine Provision entzogen. Diese außerordentliche Strenge der staatlichen Polizeibehörde steht wenig im Einklang mit der Rücksicht, welche seitens der staatlichen Eisenbahnbehörde bei Ueberfüllung der Koupees im Stadibahn- und Vorortverkehr ausgeübt wird.

Eine Gasexplosion, die leicht die verberlichsten Folgen nach sich ziehen konnte, ereignete sich Mittwochabend 9 1/2 Uhr Andreassstr. 53. Hier hat in zwei ausgedehnten Kellerräumen die Korwaaarenfabrik von Friedrich Bergmann ein großes Lager fertiger Korwaaaren. Um die angegebene Zeit machte sich auf der Straße vor jenem Hause ein intensiver Gasgeruch bemerkbar. Die Kellerräume waren seit etwa 1/4 Stunde in Dunkel gehüllt, weil der Hauptgasbahn seit der Zeit — jedenfalls aber nicht vollständig — geschlossen war. Als der von dem verdächtigen Gasgeruch in Kenntniß gesetzte Sohn des Fabrikbesizers mit einem Lehrling den Keller betrat, und der Lehrling sich mit brennendem Streichholz der Gasflamme bezug dem Gasarme näherte, schlug ihm eine starke Stichflamme entgegen, die ihm Gesicht und Hände verbrannte, so daß er nach der Infallstation befördert werden mußte. Glücklicher Weise war der größte Theil des leichtesten Gases durch die offenkundige Eingangstür nach der Straße entwichen, sonst hätte eine Explosion mit unabwehrbarem Schaden sich einstellen können. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte indeß sofort wieder abrücken, da die Korwaaaren kein Feuer gefangen hatten.

Einen Selbstmordversuch auf der Polizeiwache unternahm in der letzten Nacht ein Mädchen, das auf der Straße aufgegriffen und dorthin gebracht war. Man hatte es bis zur Weiterbeförderung in einer Zelle untergebracht; dort versuchte es, sich zu erhängen. Der mit der Aufsicht betraute Beamte hatte indeß aufgepaßt und verhinderte den Selbstmord. Das Mädchen wurde nun vom 30. Polizeirevier nach einem Krankenhause gebracht, dort aber nicht aufgenommen, weil der Erhängungsversuch keine nachtheiligen Folgen gehabt hatte.

Ein geisteskranker Irrenwärter. Die Untersuchung gegen den Oberwärter Friedrich Schneider in Charlottenburg, der der Tödtung des geisteskranken Invaliden Blauert beschuldigt wird, hat die kaum glaubliche Thatsache zu Tage gefördert, daß der Oberwärter selbst an Wahnsinn erkrankt ist und deshalb schon seit Monaten entmündigt ist. Trozdem war Schneider in den letzten vier Jahren fast ohne Unterbrechung als Irrenwärter beschäftigt. Die glänzenden Zeugnisse, welche er über seine Thätigkeit vorlegte, sind meist gefälscht. Schon im Jahre 1895 war Schneider in einer Charlottenburger Krankenheilanstalt als Wärter beschäftigt, mußte jedoch schon nach wenigen Tagen wieder wegen Unverträglichkeit mit den anderen Wärtern wieder entlassen und mit Gewalt entfernt werden. Auch im städtischen Krankenhause in Charlottenburg war Schneider mit demselben Erfolg thätig. Schneider wurde dann als Geisteskranker in die Heilanstalt zu Herzberge gebracht. Nach einigen Monaten wurde er entlassen und wühlte sich mit Hilfe der gefälschten Zeugnisse von neuem Stellung in Irrenanstalten zu verschaffen. Wegen seiner glänzenden Aundweise wurde er, wie berichtet, zuletzt bei Herrn Kästiger in Charlottenburg als Oberwärter angestellt, ohne daß dieser eine Ahnung von der Vergangenheit des Schneider hatte. Das Verfahren gegen ihn mußte wieder eingestellt werden.

Triebne Familienverhältnisse offenbart der Selbstmordversuch der Frau G. in der Stendalerstr. 20. Frau G. hatte vor längerer Zeit eine schwere Erkrankung an Kindbettfieber durchgemacht und zeigte sich im Verlauf der Krankheit Symptome einer Geistesstörung, die ihre Ueberführung nach einer Heilanstalt auf kurze Zeit

nöthwendig machten. Bei ihrer Rückkehr mußte die Frau zu ihrem Lebewesen wahrnehmen, daß ihr Mann, ein in der Werkstatt der Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigter Ober-Werkmeister, seine Zuwendung einem anderen weiblichen Wesen entgegenbrachte und sie mit dieser das Haus theilen sollte. Dieser Zustand führte natürlich zur Trennung der beiden Ehegatten und schließlich setzte es auch die Frau durch, daß dem Mann das Erziehungsgeld über die Kinder entzogen wurde. In den nächsten Tagen sollte nun in der Festsetzung der Alimentation ein Termin stattfinden, der die Frau G. so in Aufregung brachte, daß wohl aus neue eine Geistesgestörttheit bei ihr eintrat und in diesem Zustand machte sie am Mittwochabend den Versuch, sich aus dem Fenster ihrer Wohnung zu stürzen. Dies wurde noch rechtzeitig verhindert und die beklagte Frau nach dem Moabitir Krankenhause gebracht.

Die Infolge des großen Eisgangs bei plötzlichen Erkrankungen in letzter Zeit wiederholt zu Tage getretene Anämie hat das Kuratorium der Berliner Unfallstationen veranlaßt, mit den hiesigen Brauereien wegen Ueberlassung von Eis in Krankheitsfällen in Verbindung zu treten. Die Brauereien sind dem Wunsche des Kuratoriums nach jeder Richtung hin entgegengekommen und haben sich bereit erklärt, gegebenen Falls auf Anweisung einer Unfallstation das erforderliche Quantum unentgeltlich abzugeben. Erkrankte Personen haben daher nur nöthig, gegebenen Falls sich an die nächstgelegene Unfallstation zu wenden, welche das weitere veranlassen wird.

Auf dem Jahrmarkt am Arkonaplatz sind diesmal 825 Verkäufer vorhanden, 14 mehr als im März vorigen Jahres. Am zahlreichsten sind vertreten Würtzler 96 und Töpfer 125. Außerdem halten feil Schuhmacher, Korbmacher, Stellmacher, Holzwaarenhändler, 2 Seiler, 2 Kupferschmiede und 1 Metzger. Von den Händlern sind 552 Berliner und 273 Fremde.

Unfälle. Donnerstag früh stürzte sich die 19jährige Dienstmagd Emma J. in der Nähe der Schloßbrücke in den Spreesanal und ertrank. — In der Nähe des Grundstücks Sällemannstr. 32 wurde Mittwoch Mittag der dreijährige Sohn des Steinträgers P. durch einen Arbeitswagen überfahren und innerlich aufschneidend schwer verletzt. — In der Straußenstraße wurde nachmittags eine Droschke durch eine andere, deren Pferd durchgegangen war, umgeworfen und der in derselben sitzende Kaufmann P. auf den Damm geschleudert. Er erlitt dabei schwere Verletzungen am Kopfe. — Abends wurde der 65jährige Arbeiter H. in seiner Wohnung erhängt vorgefunden. Unvorsichtlich liegt Selbstmord vor. — In ihrer Wohnung in der Vebusstraße vergiftete sich die Blumenbinderin Waleka W. aus Liebesgram mittels Chaulai. — Mit einer Schußwunde im Kopf wurde im Grunewald die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mannes aufgefunden und nach Schildhorn gebracht. Nach Ausweis von Papieren handelt es sich um einen Mann namens Fritz Haller.

Feuerbericht. Alexandrinenstr. 55 mußte Mittwoch Abend 8 Uhr ein Kellerbrand abgelöscht werden. Häser und Spähne verbrannten. Kurz darauf erfolgte Andreassstr. 53 eine Gasexplosion, bei der eine Person Brandwunden erlitt. Stephanstraße 22 ging ein Posten Berg in Flammen auf. Weitere Alarmierungen fanden im Laufe des Tages nicht statt.

Aus den Nachbarorten.

Stralan-Rummelberg und Umgegend. Den Genossen und Genossinnen geben wir hiermit bekannt, daß die diesjährige Vassalle-Feier am Sonntag, den 28. August, in der Viktoria-Brauerei in Stralan stattfindet. Willens hierzu werden nur beim Eintritt in das Lokal an der Kasse ausgegeben. Das Komitee.

Schlecht behohenes Vertrauen. Auf dem Pferdemarkt in Weiskense sollte ein Schlächtergeselle aus Rixdorf für seinen Reiter ein Pferd verkaufen. Der Geselle traf hier zufällig den ihm bekannten Lehmann aus Rixdorf, den er bat, das Pferd einige Minuten zu halten. Er war hierzu bereit, als aber der Schlächtergeselle zurückkam, waren Mann und Roß verschwunden, auch alles Suchen nach denselben vergeblich. Später stellte es sich heraus, daß K. das Pferd für 81 M. an einen Berliner Handelsmann verkauft und den Erlös in seine Tasche gesteckt hatte. Auf erstattete Anzeige ist K. gefesselt verhaftet worden.

Das „Vegetarische Familienheim zur Pflege und Erziehung armer Kinder“ in Solchastensee wird nun endgültig zur Weiterführung dem Nubenheim-Verein „Wohlfahrt“ in Berlin übergeben werden. Derselbe wird, wie der „Vegetarische Herald“ berichtet, am 2. Januar 1899 den unbefangenen Besitz, Gebrauch und Anweisung des 27 Zimmer und zwei Säle enthaltenden Heims und dazugehörigen Gartens antreten. Außerdem läßt der Stifter Herr Securius dem Verein vierteljährlich 1600 M. Zinsen aus einem Legatkapital ausgeben. Letzteres wird, wenn die jüngste, jetzt 23jährige Vegetarin stirbt, frei und alsdann erhält davon der Verein „Wohlfahrt“ 200 000 M. In dem Heim, das für 80 Kinder berechnet ist, läßt Herr Securius seit ungefähr 12 Jahren 10 bis 12 Kinder erziehen, an denen er mit der vegetarischen Ernährungsweise vorzügliche Erfolge erzielt. Die Kinder, welche größtentheils in krankem oder verkommenem Zustande aufgenommen wurden und von denen ein Theil bereits aus dem Heim entlassen, erfreuen sich jetzt der besten Gesundheit. Der Verein „Wohlfahrt“ hat sich dem Stifter gegenüber verpflichtet, den Betrieb des Heims nach und nach bis auf 80 Jünglinge zu vergrößern, wovon aber nur bis zu 1/3 gegen Bezahlung aufgenommen werden dürfen. Einen Theil der Mittel zur Ausführung dieses Vorhabens liefern die überall ausgestellten Spardbüchlein des Vereins. Der Verein wird verlassen, körperlich oder sittlich gefährdete Kinder ohne Unterschied der Konfession, der Geburt und ohne Unterschied, ob deren Eltern oder sie selbst vegetarisch gelebt hatten oder nicht, in dem Heim erziehen und für einen selbst gewählten Beruf ausbilden lassen.

Beim Magistrat von Charlottenburg hat der Regierungspräsident von Potsdam angefragt, ob Charlottenburg sich an dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin mit Vergabe einer Summe zu den Herstellungskosten beteiligen will.

Großfeuer in Schönberg. In der Hauptstr. 2 am Botanischen Garten war gestern früh gegen 5 Uhr ein gewaltiger Brand ausgebrochen, der bald eine große Ausdehnung genommen und den Dachstuhl des Vorderhauses und des Quergebäudes erfaßt hatte. Brandmeister Plöter, der die Schönberger Feuerwehr leitet, erbat sich in Berlin Hilfe, und Branddirektor Giersberg beorderte den 10. Dampfprisenzug und den 12. Löszug. Diese traten mit zwei Schlauchleitungen in Thätigkeit, bis man um 7 1/4 Uhr des Feuers Herr geworden war. Die Aufräumung dauerte noch stundenlang. Die Entstehungsurache ist bisher nicht bekannt geworden. Die Schäden ist bedeutend, da nicht nur der Dachstuhl und der Inhalt der Bodenweschläge zerstört wurde, sondern auch der vierte Stock durch Wasser gelitten hat.

Bestrafter Hebermuth. Beim Eierhändchen hinter Treptow begingen Mittwoch Nachmittag vier junge Burschen die so oft gerügte Ungezogenheit, sich in einem Kabine zu entleiden und zum Baden anzuschauen. Drei der Burschen hatten sich erst der Kleider entledigt, als einer derselben ins Wasser sprang, dessen Tiefe wohl alle vier unterschätzt hatten. In demselben Augenblicke schlug der Kahn um und mit Schreien gewahrte das Publikum, daß keiner der Leichtfertigen zu schwimmen vermochte. Auf das herzerreißende Hilfeschrei eilten zwei Bootverleiher herbei, denen es nach schwerer Mühe gelang, die vier Burschen zu retten. Am schwierigsten gestaltete sich die Rettung bei demjenigen, der noch die volle Kleidung trug. Er hatte sich an dem ungeschlagenen Kahn festgeklammert, aber bald zu sinken begann. Den Geretteten wurde schließlich eine derbe Lektion zu Theil.

Von den Rixdorfer Alpen abgeführt. Das 33jährige Töchterchen des Arbeiters W. spielte vorgestern Nachmittag mit anderen Kindern auf den Sandbergen an der Münchenerstraße, kam dabei dem steilen Abhang zu nahe und stürzte in die Tiefe. Das Kind trug einen Bruch des Schlüsselbeins davon.

Von einem Neubau in der Reuterstraße in Rixdorf stürzte am Donnerstag Mittag eine Qualleier Gerab, welche einem vor dem Bau spielenden 8jährigen Knaben auf den Kopf fiel. Schwerverletzt wurde das ohnmächtige Kind nach dem Krankenhause am Ullrichsplatz gebracht.

Beim Heberschreiten der Bahngelise an der Hermannstraße in Rixdorf wurde am Montag Nachmittag der Ausfuhrer Johann T. e. aus der Riethestr. 64 von der Lokomotive eines Ringbahnzuges erfaßt und bei Seite geschleudert, wobei dem T. mehrere Rippen gebrochen wurden. An den Folgen der Verletzungen ist T. gestorben im Ortler Kreiskrankenhause verstorben.

Gerichts-Beilage.

Vom preussischen Strafvollzug. Aus Magdeburg, 24. August, schreibt man uns: Eine selbst vom Gerichtshof als nicht sehr scharf bezeichnete Kritik der Beschäftigung der Erfurter Genossen Heinrich Schulz mit Erbsenlesen während der Verbüßung seiner zweimonatigen Gefängnisstrafe hat heute dem Genossen Müller als verantwortlichem Redakteur unserer „Vollstimm“ 14 Tage Gefängnis eingebracht. Wie der „Vorwärts“ erst kürzlich berichtete, wurde der Redakteur Rudolf von der Erfurter „Zeitung“ wegen einer ähnlichen Kritik freigeprochen, weil dadurch nicht der Erfurter Erste Staatsanwalt, der Anklage erhoben hatte, sondern der Raumburger Ober-Staatsanwalt, der keinen Strafantrag gestellt hatte, getroffen wurde. Das hinderte jedoch den Magdeburger Gerichtshof nicht, Genossen Müller wegen Verleumdung des Ober-Staatsanwalts und des Erfurter Ersten Staatsanwalts zu verurtheilen. Die entwürdigende Behandlung des Genossen Schulz hat ja seinerzeit auch in bürgerlichen Kreisen allgemeines Aufsehen erregt, weil man sie als gegen die entsprechende Verordnung des Bundesraths über den Strafvollzug, daß der Gefängnisstrafingen auf den Bildungsgrad und die Berufsverhältnisse Rücksicht genommen werden solle, verstoßen betrachtete. Der Magdeburger Gerichtshof hat diese Verordnung jedoch so interpretirt, daß nur „ausnahmsweise“ Selbstbeschäftigung gewährt werden könne, nicht müsse, daß demnach die Behauptung der „Vollstimm“, es sei bei Schulz „in offenkundiger Weise verstoßen worden“ gegen die Verordnung eine Verleumdung beider Staatsanwälte einschließe. Danach ist also jede Kritik einer staatsanwaltschaftlichen Handlung fast gleichbedeutend mit einer Verleumdung!

Einige Einzelheiten aus dem Prozesse verdienen mitgeteilt zu werden. So betonte der Staatsanwalt besonders den sozialdemokratischen Charakter der „Vollstimm“ als belästigend für den Angeklagten, worauf dieser sowie der Verteidiger vornehm antworteten, daß es sich ihres Erachtens nicht um Verleumdung einer politischen Anschauung, sondern um einen etwaigen Verstoß gegen die Strafgesetze handele. Ferner meinte der Staatsanwalt, daß es konsequenter von den Sozialdemokraten sei, wenn sie, die sonst immer die Gleichheit predigen, im Gefängnis eine bessere Behandlung wünschten! Aus der Urtheilsbegründung ist der Passus interessant, daß das Vergehen mehrere Thatsachen schon eine Verurteilung unwariger Thatsachen sei. Es bezieht sich dies darauf, daß die „Vollstimm“ von drei Gründen der Verweigerung der Selbstbeschäftigung nur einen angeführt hatte. Ferner wird es als allgemeines Schilteln des Kopfes erregt, wenn man hört, daß Müller als sozialdemokratischer Redakteur, der als solcher stets mit einem Fuß im Gefängnis steht, demnach nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben soll, als er für bessere Behandlung eines Kollegen eintrat. Es hat schon was für sich, in Magdeburg sozialdemokratischer Redakteur zu sein!

Salle a. S., 24. August. Der frühere Faktor der konservativen „Halleischen Zeitung“ und Kassirer des Buchdruckervereins „Gutenberg-Bund“ wurde in heutiger Strafkammerung wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe ev. 20 Tagen Gefängnis verurtheilt; der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Der Angeklagte hat im April d. J. als Kassirer des Gutenberg-Bundes die Quartalsbeiträge vom letzten Vierteljahr 1897 und vom ersten Vierteljahr 1898 300,50 M. unterschlagen. Er wollte jenen Betrag als Darlehen genommen und bona fide gehandelt haben. Das Gericht schenkte ihm aber keinen Glauben und erachtete die böse Absicht als erwiesen.

Glue für Hauster wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Die Witwe Herbst handelte im Umherziehen mit Pantoffeln, wobei sie der Arbeiter Zimmermann mit einem Warenkorbe begleitete. Zimmermann erhielt dafür täglich eine Mark. Frau Herbst besah einen Wandergewerbeschein, ihr Begleiter dagegen nicht. Eines Tages erschien Zimmermann auf dem Hof des Wandergewerbescheines Berger, seinen Korb auf dem Rücken und ein Paar Pantoffeln in der Hand, und fragte an, ob Berger Pantoffeln brauche. Hierfür erhielt er ein Strafmoment wegen Vergehens gegen das preussische Gesetz über den Gewerbebetrieb im Umherziehen vom 3. Juli 1876. Dies Gesetz bedroht den mit Strafe, der den Gewerbebetrieb im Umherziehen ausübt, ohne durch den Wandergewerbeschein dorthin zu können, daß er die auf jeden Gewerbebetrieb lastende Steuer bezahlt hat. Die Behörde nahm nun an, Zimmermann habe durch das Festhalten der Pantoffeln den Gewerbebetrieb im Sinne des genannten Gesetzes „ausgeübt“. J. beantragte richterliche Aufhebung und erzielte auch bei dem in zweiter Instanz zuständigen Landgericht seine Freisprechung. Das Gericht stellte fest, daß Zimmermann alles, was er einnahm, an Frau Herbst abliefern mußte und für seine Thätigkeit von der Frau, wie schon angeführt, mit einer Mark täglich entlohnt wurde. Mit Rücksicht hierauf sah das Gericht in dem Festhalten der Pantoffeln durch den Angeklagten nur eine Leistung von Diensten im Gewerbe gegen seinen Lohn und nicht, wie die Polizei und Staatsanwaltschaft, eine Ausübung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Und eine neue Steuerpflicht aus den §§ 18 und 23 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 wird nach Meinung des Gerichts dadurch nicht begründet. Das Gericht betonte, es genüge hier, daß die eigentliche Händlerin, Frau Herbst, im Besitze eines Wandergewerbescheines gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft berührte sich aber nicht, sondern ergriff noch das Rechtsmittel der Revision und machte ihren Standpunkt, daß sich J. schon durch das Festhalten der Pantoffeln gegen das Gesetz vom 3. Juli 1876 vergangen habe, nochmals geltend. Indessen das Kammergericht verwarf die Revision als unbegründet und stimmte dem Landgericht zu, weil J. nicht in der Absicht einer fortgesetzten Gewerbetätigkeit für sich selbst die Pantoffeln angeboten habe.

Veranstaltungen.

Zu einer wichtigen Kundgebung gegen die Begründung der von der Direktion der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft geplanten Fabriks-Krankenkasse kam es am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des genannten Werkes, welche im Kösliner Hof zusammengekommen waren. Gegen 1500 Personen hatten sich in dem überfüllten Saale frühzeitig eingefunden, so daß bald sämtliche Plätze entnommen werden mußten, während etwa 2000 Personen, die nicht rechtzeitig erschienen waren, nicht in den Saal gelassen wurden, sondern unverrichteter Sache wieder ihren Heimweg antreten mußten. In treffenden Worten beleuchtete nun Dredow, als Referent, die Stellung der Arbeiter zu den Statuten der neu zu errichtenden Fabriks-Krankenkasse. Vor allen Dingen findet er keine genügend harten Worte dafür, daß man die Arbeiter nicht zur Veranlassung über das Statut hinzugezogen habe. In der augenblicklichen Form sei das Statut einfach unannehmbar, denn es sei in Grunde genommen nichts anderes, als Abkatz sämtlicher schlechten Paragraphen der einzelnen Krankenkassen. Bedenke man, daß der Arzt gewöhnlich angewiesen ist, jeden über vierzig Jahre alten Arbeiter als krank, d. h. als arbeitsunfähig zu bezeichnen, so läme bei dem neuen Statut noch hinzu, daß das Unterhaltungs-geld auf 10,50 Mark pro Woche herabgedrückt und die ersten drei Tage der Krankheit nicht mitgerechnet werden sollen. Wer sich aber

Diesen neuen Anordnungen zu widersehen wage, würde sofort auf Pfahle fliegen; deshalb könne, seiner Meinung nach, nur eine Pfahlfestsetzung, wie die heutige, wirken. — Die hierauf folgende Diskussion nimmt einen äußerst lebhaften Verlauf; es beteiligen sich an derselben Strupp, Käther, Deuttler, Gräß, Frau Scharnow, Wredow, Seidel, Waldemar und Hartmann. Sämtliche Redner stellen sich auf den Standpunkt des Referenten und fordern zum raschen und energischen Handeln auf, damit nicht in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ein ähnliches Institut wie im Rheinland und in Westfalen zum Beispiel beim König Stumm entsteht. Waldemar schlägt neben einer bereits eingebrachten Resolution noch eine Beschränkung und Ergänzung einzelner Paragraphen vor. Deuttler macht darauf aufmerksam, daß das Statut nicht an jeden einzelnen Arbeiter verteilt worden sei, sondern nur in einem oder zwei Exemplaren bei den Meistern ausliege. Er sieht hierin eine Miste. Ferner empfiehlt er der Versammlung, die einzelnen Betriebsfälle zu organisieren und aus deren Mitte eine Kommission zu bilden. Käther macht darauf aufmerksam, daß, wenn sämtliche Fabriken diesem Beispiele folgen wollten, der Arbeiter bei jedem Arbeitswechsel immer durch Neuaufnahme in eine Arbeiterklasse auf die niedrigste Stufe gesetzt würde. Strupp freut sich, daß durch derartige Maßnahmen der Diktation nun auch die Indifferenten zugänglich seien. Gräß gibt als Vorsitzungsmitglied der neuen Maschinenbauwerkstätten einige Ausführungen über die Motive eines demnächstigen Vorgehens seitens der Direktion und Wredow fordert auf, statt der fünfjährigen Bedenkzeit über den Anschluß an die neue Klasse eine vierzehntägige zu fordern. Nachdem der Vorsitzende noch die Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß sich ein Abgeordneter der Direktion im Saale befände, derselbe aber trotz aller Aufforderung sich nicht zum Worte meldet, gelangt folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute am 24. August im „Nöllner Hof“ tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiter der A. E. G. erklärt sich mit dem Statut der neu zu begründenden Betriebsklassenklasse nicht einverstanden. Sie ersucht die Direktion um Korrektur des Statuts mit Hinzuziehung mehrerer Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Kunze wird zur Leitung der Angelegenheit eine Kommission aus folgenden elf Mitgliedern gewählt: König, Anders, Strupp, Freithaler, Frau Scharnow, Schütz, Pommerente, Sonnenberg, Reinhold, Schiemann und Ering. — Mit einem kräftigen Appell an das Gehör und das Klaffenbewußtsein der Arbeiter schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Zimmerer. In der am 21. August bei Cohn abgehaltenen Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgebungen hielt Dr. Bruno Wille einen Vortrag über den Kampf ums Dasein in der Gebäudewelt. — Die nächste Vereinsversammlung findet umstände halber eine Woche später, also am 11. September, vormittags 10 Uhr bei Cohn, Deutstr. 20/21, statt.

Öffentliche Drechler-Versammlung vom 22. August im „Englischen Garten“. Auf der Tagesordnung stand: Das neue Innungsgesetz und wie verhalten wir uns gegenüber der von der hiesigen Drechlerinnung beschlossenen Einführung der Zwangsinnung? Th. Lehner legte in kurzen Worten dar, daß das Handwerk durch das Gesetz nicht gehoben würde, und auch der Kleinmeister durch dasselbe vor seinem früheren Untergang nicht zu retten sei, hingegen sollen die Gesellen seitens der Meister bevorzugt werden. In der sehr lebhaften Diskussion wurden einzelne Paragraphen des Gesetzes näher beleuchtet, und die Kollegen aufgerufen, sich etwas mehr als bisher um die Organisation, und das sei für die Drechler nur der deutsche Holzarbeiterverband, zu bekümmern, denn dann könnten wie der Zwangsinnung die richtigen Leute in den Gesellen-

Ausschuss, sowie in das Schiedsgericht senden, aber auch gewissen Abzügen sowie den Arbeitszeit-Verlängerungen energisch entgegenzutreten.“ Nachstehende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die am 22. August im „Englischen Garten“ tagende öffentliche Drechlerversammlung spricht sich gegen die Einführung der Zwangsinnung aus; sollte jedoch die Behörde dieselbe dennoch genehmigen, so verpflichten sich die Anwesenden, bei den Wahlen zum Schiedsgericht u. s. w. ganz energisch für organisierte Kollegen einzutreten!“

In der Charlottenburger Parteiversammlung, die am Mittwoch Abend stattfand, wurde die Abrechnung von der Reichstagswahl und dem Sommerfest gegeben. Aus der Zeit der Reichstags-Wahlperiode bis zum Schluß der Stichwahlen ist eine Einnahme von 724 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 888 M. gegenübersteht, sodas ein Defizit von 164 M. zu verzeichnen ist. Das Sommerfest hat eine Einnahme von 159 M. ergeben, der eine Ausgabe von 191 M. gegenübersteht, sodas sich ein Defizit von 32 M. ergeben hat. — Zu Redigoren werden die Genossen Schaeff, Rechner, Wied gewählt.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wird die Vorkommnisse der Landtagswahlen besprochen. Der Bericht hierüber findet sich in der Rubrik Landtagswahlen.

Zum Schluß der Versammlung wird auf die demnächst stattfindende Kreisversammlung hingewiesen, auf der über die Landtagswahlen definitiv Beschlüsse gefaßt werden wird. Große Beantwortung, es solle auf der Kreisversammlung beschlossene werden, daß nur Wahlberechtigungsgegner zum Stützpunkt Parteihaft gewählt werden. Der Antrag wird nach einiger Diskussion angenommen. In Delegationen zur Kreisversammlung werden gewählt die Genossen: Ledebour, Sellin und Scharnberg. — Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wird darauf die Versammlung geschlossen.

„Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen“, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr: Besprechung bei Reimold, Alte Jalousie 34/35.

Zehn der Berliner Arbeiterinnen. Die Gewerbe-Ordnung enthält eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, welche die Arbeiterinnen sowohl wie die jugendlichen Arbeiter gegen die Ausbeutung durch den Unternehmer schützen sollen. Diese Bestimmungen beziehen sich auf: die Dauer der Arbeitszeit; Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend; Beschäftigung von Minderjährigen; Ausbildung und Gehalt für Entlassungen; Auszahlung von Pensionen; Strafgebühren und andere Lohnabzüge; Hygienische und sanitäre Vorkehrungen; Ungeladene Arbeitsräume; Aufsichtsbüro; Arbeitsverordnungen und getrennte Klosetts; Anstöße Angriffe der Arbeitgeber; Beschwerdeverfahren.

Um den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich über die einschlägigen Gesetzesvorschriften eingehend informieren zu können, haben die unten genannten Personen sich bereit erklärt, auf diesem Gebiete unentgeltlich Rath zu erteilen, sowie etwaige Beschwerden über Mißstände in Fabriken und Werkstätten, namentlich aber, wo solche stilles und moralisches Charakters betreffen, entgegen zu nehmen.

Den Beschwerdeführenden ist strengste Diskretion geboten.

Man wende sich in allen vorkommenden Fällen an eine der nachfolgenden Adressen:

Hr. Schneider, Berlin N.O., Schillerstr. 29, I.; Hr. Mohr, Berlin N.O., Große Frankfurterstr. 76, C. 1. u. 2.; Hr. Baader, Berlin N.O., Straußbergerstr. 28, S. IV.; Hr. Gaafe, Berlin O., Alexanderstr. 15; Hr. Thiede, Berlin S., Urbanstr. 36, III.; Hr. Vay, Berlin S.W., Pattinmerstr. 7; Hr. Baucke, Berlin N.W., Mothenerstr. 67, Hof II.; Hr. Meiß, Berlin N., Buchenerstr. 3, IV. Sprengelstr. Freitag, abends 7-9 Uhr. Ferner an Rudolf Willard, Berlin S., Lindenstr. 16 (Gewerkschaftsbureau). Täglich, außer Sonntags, vormittags 9-11 und nachmittags 6-8 Uhr.

Berliner Schenkenschenke. Kanarium. Unt. d. Linden 68a. Täglich 9-7. Eintritt 1 M. Sonntags 50 Pf. — Ausbeutung des Vereins Berliner Künstler. Wilhelmstr. 62/63 (im „Architektenhaus“). Täglich 10-4, Sonntags 11-2. Eintrittspreis 50 Pf. — Kunst-

hellung moderner Kunstwerke von Eduard Schlie, Kunsthandlung. Unter den Linden 1, Die Pariser Platz. Täglich 10-7, Sonntags 10-3. — Bildhauer, König. Am Opernplatz. Besichtigung Montag und Freitag 1-2. — Botanischer Garten. Potsdamerstraße 75. Täglich v. 8-7 und jeden zweiten Sonntag im Monat v. 2-7. Unentgeltlich. — Botanisches Museum. Grunewaldstr. 6-7. Montag und Donnerstag 3-6. — Central-Bibliothek. Eidenstraße. (Rathaus) Besichtigung des Bibliotheks frei, der Schenkenschenke gegen Karten, die man im Verwaltungsbureau erhält. — Hygienemuseum. Köpenickerstr. 23/24. Sonntag 12-6, Dienstag u. Freitag 10-2. — Institut f. Wissenschaftl. Invalidentherapie. 44. Wertheimstr. außer Sonntags, 12-2, Sonntag 12-6. — Museum für Naturkunde. Invalidenstr. 43. Montag und Sonnabend 11-4, Sonntag 12-6. — Museum für Völkerkunde. Königgrätzerstr. 130. Besichtigung f. Kunstwerke-Museum. — Museum Deutscher Volkstrachten. Köpenickerstr. 55. Tägl. außer Mittwochs 11-2. Eintritt 50 Pf. — National-Galerie. Museumstr. Sonntag 12-6, Dienstag u. Sonnabend 10-3. — Panoptikum (Garten, Friedrich- und Behrenstr.-Gasse). Tägl. 9-10. — Passage-Panoptikum. Unter den Linden 22. — Panorama. I. Bernauerstr. 4. 2. Bahnhof Alexanderplatz. 3. An der Volkstheaterstr. 4. Damm. Tägl. 9-8. — Porzellan-Manufaktur, König. Wegelstr. (Thiergarten). Dienstag bis Freitag 9-12 Uhr. — Rathhaus. Tägl. außer Donnerstags und Freitag 11-3. (Thurm Hof 20 Pf.) — Rauch-Museum. Köpenickerstr. 70. Außer Sonntags 10-4. — Reichs-Pokmuseum. Seydewitzstr. 10. Tägl. 11-2, außer Mittwochs und Sonnabend Sonntag 12-2. — Reichstag. Besichtigung Donnerstags 8 1/2 bis 9 1/2, Sonntags 2-4. 50 Pf. — Ruhmeshalle (Bergpark). Tägl. außer Sonntags 10-2, Sonntags 12-3. — Schulmuseum. Stadthagenstr. 64. Sonntags 11-12, Mittwochs 3-4, Sonnabends 3-6. — Technische Hochschule, Königl. Charlottenburg. Berlinstr. 151. Wissenschaftsmuseum 10-12. Deutsches Technikmuseum Dienstag u. Donnerstag 10-12, Mittwoch 12-3. Architekturmuseum Montag und Freitag 10-3, Dienstag und Donnerstag 12-3, Mittwoch 10-12. — Urania. Tautenstraße und Invalidenstr. — Zoologischer Garten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum Ablauf der Gerichtsferien Montag und Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt.

W. Dielmann. Ihre Frage ist sehr unklar. Die Normen, die in Europa Propaganda machen, wurden in unserer schon da und dort ausgeteilt, weil sie sich leicht machen.

Carl Salzer. Briefliche Auskunft ertheilen wir nicht.

Portalkalender. Der Arbeiter-Kalender für 1899 ist in 3 Wochen durch die Buchhandlung Vorwärts, Deutstr. 2, zu beziehen.

Witterungsbericht vom 25. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C
Zwillinge	766	SW	3/4	10	Danzig	751	SW	4/5	13
Hamburg	766	SW	2/3	14	Petersburg	758	SW	2/3	16
Berlin	764	SW	1/2	16	Wars	768	SW	4/5	12
Stettin	765	SW	1/2	19	Amsterd.	768	SW	1/2	15
Wien	769	SW	1/2	17	Paris	767	SW	2/3	15

Weiterprognose für Freitag, den 26. August 1898. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit mäßigen nordwestlichen Winden und leichtem Regenfall.

Berliner Wetterbureau.

Hier den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 25. August:

Neues Oden-Theater (Kroß). Tommhauser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches Volkstheater. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Seine alte Freundin. Vorher: Kamadon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Dr. Jojo. Vorher: Im Regle. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Amelia, oder: Ein Maskenball. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Beichtstuhler. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.

Friedrich. Wilhelmshücheln. Die beiden Haisen. Anfang 8 Uhr.

Chend. Sie ist wahnhaftig. Der Geigenmacher von Cremona. Anfang 8 Uhr.

Velle. Anfang 8 Uhr. Herr und Frau Doktor. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplan. Demi: Monde. Anfang 8 Uhr.

Kuffen. Seine Puppe. Vorher: Gef. bed. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubensstraße 48-49. Familienliche Ausbeutung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.

Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: J. Forency.

Die Geisha

Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von E. R. Meyer und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Forency. Dirig. Dr. Kapellmeister G. Goldmann. Rollen-Erfindung v. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Öfend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Beneß für Robert Wach.

Schauspiel in 2 Akten von Preisville, deutsch von W. Lembert. Zum Schluß: Der Geigenmacher von Cremona. Drama in 1 Akt von Fr. Gappée, deutsch von W. Graf Waldh. Anfang 8 Uhr. Vorzugs-Billets haben Gültigkeit. Sonnabend: Der Hüttenbesitzer. Sonntag: Sie ist wahnhaftig. Der Geigenmacher von Cremona. Ostend-Theater-Konzert-Garten: Deta Waldau, Max Grabow, Geschw. Petram, Puppen-Theater. The four Cromwells. The two Terras etc. Theatervorstellung. Konzert. Anfang 8 1/2 Uhr. Passe-partouts haben Gültigkeit. Sonnabend: Hr. Sommerachtsfest.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Inh. H. Piery.

Heute Freitag:

Abschiedsvorstellung für Carl Walter:

Heinrich Heine.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Passe-partouts gelten.

Pahlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148.

Berliner auf Kubu.

Burleske in 2 Bildern v. Victor Niederer. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Die Direktion: Ferd. Lohmann.

Luise-Theater

31. Reichenbergerstraße 31.

Direktion: Rich. Anger.

Abend 8 Uhr zum 2. Male: —

Seine Puppe.

Bollesche in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönew. Musik von Fritz Krause. Hierauf zum 2. Male: Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers

A. Angelotti

in seiner Tragik-Komödie

Entdeckt!

(4 Personen dargestellt v. A. Angelotti.) Zum Schluß: Die Komponisten

Musikalisches Scherz von A. Angelotti.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 18

Letzte Saison vor dem Abbruch.

Täglich:

Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Adalgisa.

Adalgisa Adolf Hoffmann. Schwedenberger. Anfang: Sonntags 7, Montag 8 Uhr.

Institut für Zahnleidende.

Dr. chir. dent. Herm. Heród, american Dentist, Elsasser-Strasse 92, 1 Tr. (Rosenthaler Thor).

Künstliche Zähne

unter Garantie der Brauchbarkeit.

Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombieren!

Gebisse ohne Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 33 522. Anher mit darf Ricmand in Berlin u. Umgeg. viele patentirte Gebisse anfertigen! Institutpreis! Beliebige Theilzahl! 1 Speichr. 9-12, 3-5.

Telephon III. 3014.

Urania

Taubenstr. 48/49.

Täglich:

Vom Matterhorn z. Jungfrau.

Invalidenstr. 57/62:

Sternwarte.

Nachmittags (Schloß) 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.

Ohne Extra-Entrée. Fahrt auf dem Golf von Neapel. Fahrt durch Konstantinopel.

Neu! Alpenglüh.

Castan's Panopticum.

Hajor Graf Neu!! Walsin-Neu!! Lebende Bilder

dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 18

Letzte Saison vor dem Abbruch.

Täglich:

Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Adalgisa.

Adalgisa Adolf Hoffmann. Schwedenberger. Anfang: Sonntags 7, Montag 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Nur noch wenige Tage:

Bender-Steidl-Blum, Milani-Tornay-Goltz,

sowie das ausgezeichnete August-Programm.

Kasseneröffnung. G. v. Anfang 8 Uhr. Donnerstag, den 1. September 1898:

Eröffnung der Wintersaison.

Otto Reutter.

Jean Clermont. Mr. Taylor. Consuela Tortajada. Emelino Ethard. Comtessa Feruool. Les Minstrels Parisienne. Mlle. Nelsa. Ducreux-Giraldue. Cordely u. Hersleb. The Missouris. Cardowles-Troupe. Marga Bizette.

Der Kosmograf

mit neuer aktueller Bilder-Serie. Anfang ab 1. September 7 1/2 Uhr.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.

Schloss Trauenstein.

Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten. von Hugo Schütz. Musik von K. Schrenk. Berg-Trio, türkisch-griechisches Potpourri. The 3 Foreys, chinesisches Gyevensid. Gebr. Mirado, Brotes-que-Duettilien. Ely Viola, Stokholm. Mr. Rausella, Rauschmusik. Max Theo, Handquellbrunn. Jan und Jim, Knodsbund. Morleys, Fata Morgana. Ballet, Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.

Täglich:

Stadt und Land.

Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser. Vorher: Ein Fuchs im Taubenschlag. Schwank in 1 Akt von Hippner. Auftreten von Spezialitäten. Im Saal: Grosser Ball.

Reichshallen-Garten-Theater.

Veilgärtnerstr. 77.

Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal. Nur noch bis 31. d. M.:

Berlin auf Stelzen!

Burleske mit Wilhelm Agoston und 20 Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorher von 7 Uhr ab: Garten-Konzert. Familien-Vorprogramm gratis. Avis! Sonnabend, den 3. September, Eröffnungsvorstellung in

Quary's Theater

(Vaudeville und Spezialitäten) Grand Hôtel Alexanderplatz.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse III/112 (nahe Potsdamer Platz). Garten resp. Saal.

Täglich bis Sonntag, 11. September:

Stettiner Sängerkorps

(Weibel, Vieiro, Britton, Steidl, Arone, Nöhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf siehe Plakate! Sonnabend, 17. September: Erste Soiree in den Reichshallen (im großen Theatersaal).

Mähr's Theater

Cranienstr. 24.

Kulke als Kuli

oder: Die Entführung nach Klauschau. Große Ausstattungsposse. Kassieren sämtl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt. Bond haben Gültigkeit.

Ostbahn-Parf.

Am Köpenicker Platz. Direktion: H. Imbs. Täglich:

Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Anfang des Konzerts: Montag 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saal statt. Neue neuerrundete Bekleidungen werden aus Verabgung.

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Bsp. Am Köpenicker. Jeden Freitag:

Militär-Frei-Konzert

der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Anfang 7 Uhr.

Jeden Freitag: Gr. Fisch-Essen, a Port. 50 Pf.

Robert Drescher,

Linienstr. 218, am Schönh. Thor. empfiehlt sein Weiss- und Baisisch-Bierlokal nebst schönem Vereinszimmer.

Flora-Säle

1000 Berl. fast. Elektr. Beleuchtung. Besitzer: Bernh. Neft, Weberstr. 17. Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben.

W. Noack's Festsäle,

Brunnenstr. 16, sind noch Sonnabende in den Monaten Oktober, November u. Dezember zu vergeben. (5776)

Bereinszimmer frei, geräumig, mit Piano. Eimerstr. 23, Pluck. Bereinszimmer mit Piano, bis 80 Personen fassend, empfiehlt Wilhelm Georgi, Frankfurtstr. Allee 70, 5762.

Freie Volksbühne.

I, II, III, IV, V. Abtheilung
am Sonntag, den 4., 11., 18., 25. September und 2. Oktober,
nachmittags 2 1/2 Uhr,

gelangt im **Lessing-Theater** zur Aufführung:

Galeotto.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen gegen Zahlung von 1,80 Mark Einschreibgeld und Beitrag melden. Nach Aufnahme durch den Vorstand werden dieselben einer Abtheilung zugetheilt und erhalten die Mitgliedskarte. Wünsche auf eine bestimmte Abtheilung können nur, soweit Raum vorhanden, berücksichtigt werden.

Die erste Abtheilung ist geschlossen.
Achtung! Geschäftsleute, Interessenten, **Achtung!** welche in der Monatschrift des Vereins „Freie Volksbühne“ inseriren wollen, wenden sich jetzt ab an den Schriftführer des Vereins Julius Cohn, Berlin N., Raumerstr. 53 III, oder an den Unterzeichneten.

Der Vorstand.

I. A.: G. Winkler, Rixdorf-Berlin, Kirchhofstr. 46 II.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

CARL HAGENBECK'S

Heute, Freitag, den 26.:
INDIEN Emerich Seljan,
INDIEN der sensationelle Fussourist,
INDIEN der die Strecke von St. Petersburg
INDIEN bis Paris in 100 Tagen zu Fuss
zurücklegen soll, wird heute
Abend im
Haupt-Restaurant Schaurt
ein Violin-Konzert geben und
danach um 12 Uhr direkt von der
Ausstellung „INDIEN“ nach
Paris abmarschiren.

Entree 50 Pl., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert**
und im elektrisch erleuchteten Kleinsaal: **Grosser Ball.**
Die Kaffeetische ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen
geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich besond. Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Oekonom.

Max Klemm's Sommer-Theater,

Sachsenhaide 14/15. — Kritischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen dreizehn Kindern und Arien.
Mlle. Ernst, Kithlein, Miss Ophelia's dreifache Salabus.
Pepi und Pepino. The Picard's. Neu! Das Gänse-
gretel, Voltstanz in 2 Bildern von E. Kner. — Neu! Wenn
Frauen weinen, Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Donnerstags 6 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 56502*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Am Friedrichs-hain.
Haltestelle der Ringbahn. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden **Abend: Die Frauen-Garde.** Gr. Ausstattungs-Burleske
mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die **Wintersaison**
unsere renovirten, 300 bis 800 Personen
fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Sonntag, den 28. August: Letzte diesjährige Dampfer-Extrafahrten.

Nach **Teupitz.** Fahrpreis Hin- und Rückfahrt nur 2 M.
Nach **Fürstenwalde.** Durch Wernsdorfer Schleuse
und Ober-Spree-Kanal.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1 M. 50 Pf.
L. Kahnt, Stralau.



Guckel's Zahnteliers

Lausitzer Platz 2,
Steglitzerstrasse 71.
Restorommt und wohl-
bekannt.

Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet.
(Woche 1 M.)

Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.



Möbeltischlerei und Lager complet.
Einrichtungen in jeder Preislage zu den billigsten Fabriks-
preisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlermstr.**
Skalltzerstrasse 6 (am Kottbusser Thor).

Restauranter „Karlsgarten“
Sachsenhaide — Karlsgartenstraße.
Sonntag: Zweites großes Kame-
rader Fest verbunden mit
großer Verlosung. 5880*
Hauptgewinn: Wegen Aufgabe des
Geschäfts, ein lebender Heli mit
Sattel und Zaumzeug im Werthe
von 100 M.
Konzert. Anfang mit sämtlichen
Piano- und Geigelspieler.
Hierzu ladet ein **R. Seyer.**

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**
Carl-Ludwig-Berlin, Prinzen-
straße 46, verfertigt gegen Radmaße
garant neue Bettfedern d. B. 1.125,
diesjährige Halbdaunen d. B. 1.125,
bessere Halbdaunen d. B. 1.125,
vorzügliche Daunen d. B. 1.285.
— Von diesen Daunen gezogen
3 bis 4 Pfund zum großen Credit.
Berdung frei. Preis u. Beson-
derheit. Bitte Anerkennungsbrief.

Rixdorf.
Germanstr. 48/50. Apollo-Theater, Germanstr. 48/50.
Sonntag, den 28. August, nachmittags:

Lassalle-Feier

arrangirt von den Parteigenossen Rixdorf.
Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Aufführungen der Gesangsvereine
„Aria“, „Grüne Eiche“, „Melodia“, „Schnegglöckchen“, „Trau u. Einigkeit“
Im Saale von 6 Uhr ab: **Tanz.**
arrangirt vom Sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“.
Die Kaffeetische ist von 2 Uhr | **Kinderfackelzug, Stocklaternen**
an geöffnet. | erhalten Kinder gratis.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. 232/9

Friedrichsfelde.

Sonntag, den 28. August 1898, bei Bube, Prinzen-Allee 30:
Lassalle-Feier

arrangirt von den Genossen von
Friedrichsfelde und Neu-Lichtenberg
unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Vorwärts III.**
Großes Konzert, Theater, Volks- und Kinderbelustigungen.
Im Saale: **Tanz.**
Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeetische ist von 2 Uhr an geöffnet. Jedes Kind erhält eine Stock-
laterne gratis. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Bilet 20 Pf.
224/9 Der Bezirksrathmann.

In **Wilmerdorf**
heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei **Klingen-
berg, Berlinerstraße 40:**
Lichtbilder-Vortrag für Frauen u. Männer
vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann**
über **Lungen-, Magen- und Herzleiden,**
deren Entstehung, Befugung und Verhütung.
Gäste willkommen. — Entree 20 Pf.
Körper- und Naturheilverein,
Alexanderstr. 8. Sprechzeit 11-1, 6-7.



3 kleine Schulkinder.

Wenn die Kinder morgens zur Schule müssen,
so giebt es in den meisten Fällen viel Hin- und
Herrennen — in den meisten Fällen ist dann
der Kaffee noch nicht fertig! Kluge Mütter
finden einen Ausweg. Sie stellen z. B. für drei
Kinder drei Tassen auf, thun in jede einen
Kaffeelöffel voll Cacao van Houten und Zucker
und giessen kochendes Wasser darüber! Ein
köstliches, nahrhaftes und leicht verdauliches
Getränk ist fertig, und frisch und vergnügt
kommen die Kinder pünktlich in der Schule an.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen

Renommirtes
Fabrikat.



Beste
Zuthaten.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität, 7 M.
ohne Rahm, Spiegel **8,50 M.**
" " Befah u. Anspitzierung **3,90, 4,50,**
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" **Agraffenstiefel, Befah, 6,50, 7,50, 8,50 bis**
18 M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den
verschiedenen Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaftstiefel, Reitsstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,00, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Roppe,**
von **3,50 M. an**
" **Schnürschuhe** von **3,50 M. an**
" **Hauschuhe** von **3,00 M. an**
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
äußerst solid gearbeitet.

zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von **2,50 M. an**
Größte Auswahl in **Gumm-, Turn-, Reise- u. Filz-**
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung
ausgeschlossen. (46562*)

Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-
straße 102. **Rdn a. Rh., Eigelstein 60.**
W., Schillstraße 12. **Frankfurt a. M., Viehhofen-**
Ereitin, Neißelstraße 14. **berg 26.**
Gannover, Roppemarkt 7a. **Seil 67.**
Hamburg, Steinstraße 16. **München, Sendlingerstraße 10.**
Rampartengasse 6. **Dachauerstraße 83.**
Bremen, Paulsenstraße 76. **Landbergerstraße 7.**
Düsseldorf, Schadowstraße 57. **Dumoldstr. 22.**
Kantienstr. 28.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M.
Sprechst. 9-5. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 28. August 1898, vormittags 11 Uhr, im Lokale des
Herrn Schöning, Köpnickstraße 68:

Versammlung der Gesetze.

Tages-Ordnung:
1. Wie verbessern wir unsere Arbeitsverhältnisse? 2. Beschlußfassung
über eine Partizipation. 3. Diskussion.
Alle Kollegen, besonders diejenigen, die uns noch fernsehen, sind freund-
lich eingeladen. Ein jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
106/19 Die Kommission.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Am Sonnabend, den 27. August, abends 9 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße No. 27c:
Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Wahl einer Wertheilungs-Kommission. 2. Vortrag des Herrn
Dr. Joël über: „Die Vertheilung des Weilers“. 3. Diskussion.
4. Verschiedenes. 156/16 Der Vorstand.

Achtung! Unker. Achtung!

Zentralverband deutscher Maurer und verw. Berufsangehöriger
Zahlstelle Berlin I, Putzer.
Sonntag, den 28. August, vormittags 11 Uhr,
in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds sowie eines Kommissionsmitglieds.
2. Innere Vereinsangelegenheiten. 135/6
Kollegen, da beim zweiten Punkt der Tagesordnung wichtige Be-
sprechungen notwendig sind, so ersuche ich um recht zahlreiches und pünkt-
liches Erscheinen. Der Bevollmächtigte.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 28. August, nachmittags 1 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in Feuerstein's Saal, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:
1. Die notwendige Taktik in unserem Lohnkampf und ist dieselbe die
richtige? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, recht rege für den Besuch der Versammlung
zu agitiren. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß jeder
Bauarbeiter erscheint.
Die Telefon-Nummer der Kommission ist jetzt Amt V 1735.
40/6 Die Lohnkommission.

Grünau. Öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen.

Sonnabend, den 27. August, im Lokale des Herrn Lindenhayn
204/5
Hierzu ladet alle Genossinnen und Genossen der umliegenden
Orte ein **Der Vertrauensmann.**

I. Berliner Lehranstalt für Elektrotechnik.
In den neuen Lehrsälen **Oranienstrasse 51, Cuergeb. 3 Tr.**
für **Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe**
beginnt am 1. Sept. ein neuer Abendkurs. Geübten und
unübten Schülern. Unterricht. NB. I. Kursus
den 24. d. Mts. Experiment elektrischer Strömung, Röntgenstrahlen
und Telegraphie ohne Draft. Herren, welche ihre Anmeldung bewirten,
können beim Experiment-Vortrag bewohnen. Anmeldungen werden
entgegen genommen jeden Abend von 6-8 Uhr, Sonntags Vormittag
von 9-12 Uhr. (57952*) Die Direktion.

Todes-Anzeige.

Am 23. d. M. verschied mein guter
Mann und lieber Vater selner
Kinder, der Tischler **Fritz Seeland,**
nach langen, schweren Leiden an der
Peripneumonie. Dies allen Angehörigen,
Freunden und Bekannten zur Nachricht.
Die Beerdigung findet morgen, Sonn-
abend, nachmittags 6 Uhr, von der
Leichenhalle des Schönberger Kirch-
hofes, Mayirohe, aus statt.
Die tiefbetrübte Wittwe nebst Kindern.

M. Löwinsohn Nchf.

Grüner Weg 32.
Einsegnungsfleider, sowie
schwarze u. farbige Kleider-
stoffe in großer Auswahl
zu sehr billigen Preisen.

Verein Berliner Buchdruck- Maschinenmeister.

Den geehrten Kollegen zur Nach-
richt, das unser Mitglied, der
Maschinenmeister **Paul Miers,**
35/11
am Dienstag, den 23. August, nach
langen, schweren Leiden sanft ent-
schlafen ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 26. d. Mts., um 5 Uhr
nachmittags, von der Leichenhalle
des Neuen Jakob-Kirchhofes,
Rixdorf (Germanstr.), aus statt.
Der Vorstand.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabri-
kate auf **56792***

Theilzahlung

ohne Verhöhrung zu den konstanten
Zahlungsbedingungen.
Herrn- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,

Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

M. Löwinsohn Nchf.

Grüner Weg 32.
Konfirmanden-Anzüge
zu 12-30 M.
enorm billig
in größter Auswahl.

Arbeitsanzüge **W. Fahr**
Straußacker 112.

Arbeitsmarkt.

Redakteur

eines Gewerkschaftsblattes sucht sich
ständige Redaktionsstelle an einem
Parteiblatt. Off. u. M. 5 a. Exp. d. B.

Dirigent

Franz Apel, Gesangslehrer,
589b Frankfurterstr. 110.
Kationarbeiterinnen
verlangt Neue Friedrichstr. 48. (519/9)
Fischer a. Rosenow. Alte Jakobstr. 13.
Schneiderin, perle, verlang.
sodort **Gebr. Langner, Teget,**
Schloßstr. 30. 574/1
Todeit-Arbeiterinnen, die viel liefern,
neil. Dieteri, Grünweg 104. 581b